

KIELER KONJUNKTUR- BERICHTE

Deutsche Konjunktur im Winter 2018

Abgeschlossen am 11. Dezember 2018



Nr. 50 (2018|Q4)

*Martin Ademmer, Jens Boysen-Hogrefe,
Salomon Fiedler, Dominik Groll, Nils Jannsen,
Stefan Kooths, Saskia Möhle und
Galina Potjagailo*

AUFSCHWUNG STÖSST AN GRENZEN – BELEBUNG NUR TEMPORÄR

*Martin Ademmer, Jens Boysen-Hogrefe, Salomon Fiedler, Dominik Groll,
Nils Jannsen, Stefan Kooths, Saskia Mösle und Galina Potjagailo*

Der Aufschwung in Deutschland gerät zunehmend ins Stocken. Im dritten Quartal ging die Wirtschaftsleistung zum ersten Mal seit drei Jahren zurück. Dieser Rückgang war vor allem Sonderfaktoren geschuldet. Insbesondere schlugen die Probleme mit dem neuen WLTP-Zulassungsverfahren beim Fahrzeugbau zu Buche. Hinzu kamen Produktionsbeeinträchtigungen aufgrund des Niedrigwassers im Rhein. Mit dem Auslaufen dieser temporär belastenden Faktoren wird sich das gesamtwirtschaftliche Expansionstempo zwar wohl noch einmal beschleunigen. Allerdings stößt der Aufschwung offenbar mehr und mehr an seine Grenzen. So fällt es den Unternehmen angesichts der bereits sehr hohen Kapazitätsauslastung zusehends schwerer, ihre Produktion weiter in hohem Tempo auszuweiten. Besonders augenscheinlich ist dies in der Baubranche, in der die Produktion ihre Kapazitätsgrenze wohl erreicht hat, so dass die Produktion nur noch in dem Ausmaß erhöht werden kann, wie es den Unternehmen gelingt, ihre Kapazitäten auszuweiten. Auch dürften die spürbaren Knappheiten am Arbeitsmarkt Bestand haben. Diese bremsen den Beschäftigungsaufbau und führen zu kräftig steigenden Löhnen. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dürften deutlich aufwärts gerichtet bleiben. Im kommenden Jahr führen umfangreiche Abgabensenkungen und Leistungsausweitungen zu einem zusätzlichen Schub, sodass die privaten Konsumausgaben voraussichtlich kräftig anziehen. Die Ausfuhren werden ihre jüngste Schwächephase, die nicht zuletzt auf die Probleme beim Fahrzeugbau zurückging, zwar rasch hinter sich lassen. Mit der sich allmählich abkühlenden Weltkonjunktur wird aber auch die Dynamik bei den Exporten nachlassen. Vor diesem Hintergrund haben wir unsere Prognose für den Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im laufenden Jahr gegenüber unserem Konjunkturausblick vom Herbst um 0,4 Prozentpunkte auf 1,5 Prozent reduziert, für das Jahr 2019 rechnen wir nun mit einer Zuwachsrate von 1,8 Prozent (Herbst: 2,0 Prozent). Im Jahr 2020 dürfte sich die konjunkturelle Dynamik zwar spürbar verringern. Aufgrund der hohen Zahl an Arbeitstagen wird das Bruttoinlandsprodukt aber wohl in ähnlichem Tempo wie im Jahr 2019 zulegen.

Kasten 1: Zum Einfluss des Niedrigwassers auf die Konjunktur (S.15)

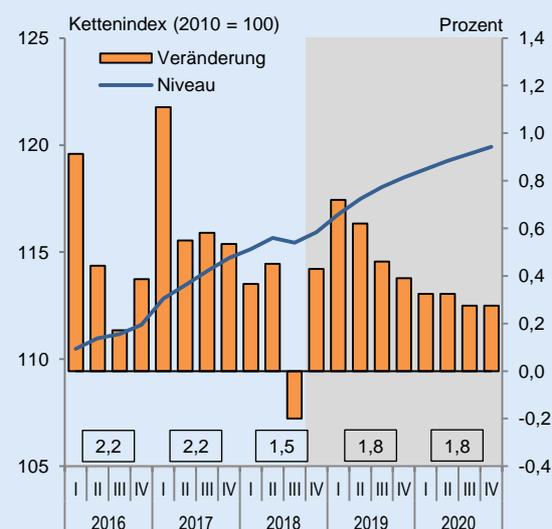
Kasten 2: Anpassung des EZB-Kapitalschlüssels vorerst mit geringen geldpolitischen Konsequenzen (S. 19)

Kasten 3: Zur Zeitarbeit als Frühindikator am aktuellen Rand (S. 20)

Kasten 4: Zur Prognose der öffentlichen Konsumausgaben (S. 22)

Die konjunkturelle Grundtendenz wurde im laufenden Halbjahr erheblich durch dämpfende Sonderfaktoren überlagert. Mit einem Minus von 0,2 Prozent gab die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal zum ersten Mal seit drei Jahren nach (Abbildung 1). Dass es zu einem Rückgang kam, ist maßgeblich auf die Produktionsstörungen im Fahrzeugbau zurückzuführen, die erst nach und nach überwunden werden. Zudem haben niedrige Pegelstände die Transportkapazität der Binnenschifffahrt in beiden Quartalen belastet, wodurch die Produktion in den hiervon abhängigen Wirtschaftsbereichen behindert wurde.

Abbildung 1:
Bruttoinlandsprodukt 2016–2020



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Der Übergang auf das neue WLTP-Zulassungsverfahren hat die Fahrzeugproduktion vorübergehend ausgebremst. Das seit dem 1. September 2018 gültige Verfahren für die Typzulassung von Pkw (WLTP) ist mit Blick auf die vorgeschriebenen Verbrauchs- und Emissionstests deutlich aufwändiger als der Vorgänger. Mangels ausreichender Testkapazitäten kam es zu erheblichen Engpässen, sodass es bei weitem nicht für sämtliche Modelltypen rechtzeitig durchlaufen werden konnte (Jannsen und Kalweit 2018). In der Folge wurde die Fahrzeugproduktion gedrosselt. Angesichts der erheblichen Bedeutung der Automobilproduktion für die deutsche Wirtschaft – 4 ½ Prozent der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung werden direkt und weitere 3 ½ Prozent indirekt für den Fahrzeugbau erbracht –, werden größere Produktionsausfälle in diesem Wirtschaftsbereich auch auf makroökonomischer Ebene sichtbar. Ein Fahrzeug, das nicht produziert wird, kann auch nicht verkauft werden – weder im Inland, noch im Ausland. Die gedrosselte Fahrzeugproduktion schlägt sich daher nicht nur im Auslastungsgrad und in den Umsatzzahlen der Automobilhersteller nieder, sondern auch in den binnen- und außenwirtschaftlichen Verwendungskomponenten (Konsum, Investitionen und Exporte), was nicht mit einer Nachfrageschwäche gleichgesetzt werden kann. Zugleich strahlen Produktionsbehinderungen im Fahrzeugbau negativ auf die vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche aus (insbesondere auf Metallzeugnisse/Stahl, Handel/Reparatur, Gummi-/Kunststoffwaren und chemische Erzeugnisse), auch auf Zulieferer im Ausland und deren Vorleister. Schwächere Produktions- und Stimmungswerte aus diesen Bereichen sind daher in dem Maße nicht als losgelöste Konjunktursignale zu werten, wie sie die Leistungsverflechtung mit der Automobilwirtschaft widerspiegeln.

Niedrige Pegelstände behinderten seit dem Sommer die Binnenschifffahrt außergewöhnlich stark. Während sich die Engpässe im Zuge der WLTP-Umstellung seit September nach und nach auflösen dürften, zeichneten sich seit August aufgrund ungewöhnlich langanhaltender, sehr niedriger Pegelstände bei wichtigen Wasserstraßen als Folge der langen

Trockenheit weitere Produktionsbehinderungen ab (Kasten 1). Zum einen schmälerte dies die Produktionskapazität der Binnenschifffahrt, wodurch es in den davon abhängigen Wirtschaftsbereichen aufgrund von Lieferschwierigkeiten bei Vor- und Endprodukten zu Produktionseinschränkungen kam. Zum anderen wirkte die reduzierte Möglichkeit zur Kühlwasserentnahme unmittelbar dämpfend auf die Produktionsprozesse der betroffenen Anrainer (etwa in der Energie- und Chemieproduktion). Zwar hat sich die Lage Anfang Dezember durch stärkere Niederschläge wieder etwas entspannt. Diese heben die Pegel indes nur kurzfristig an. Sollten in den kommenden Wochen und Monaten abermals nur geringe Niederschlagsmengen zu verzeichnen sein, können insbesondere die transportbedingten Produktionsbehinderungen rasch wiederkehren.

Das Aufholen der zuvor durch Sonderfaktoren bedingten Produktionsausfälle führt zusammen mit den expansiven fiskalischen Maßnahmen zu einer temporär höheren Konjunkturdynamik im ersten Halbjahr 2019. Unseren Schätzungen zufolge haben die WLTP-bedingten Produktionsstockungen das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal um 0,4 Prozentpunkte gedämpft. Im vierten Quartal dürfte ein Teil davon bereits aufgeholt worden sein, was für sich genommen die konjunkturelle Dynamik etwas verstärkt hat. Eine Rückkehr auf den vormaligen Produktionspfad dürfte aber erst im nächsten Jahr gelingen und dann auch durch Sonderschichten ein Teil der Produktionsausfälle des Vorjahres nachgeholt werden. Die niedrigen Pegelstände haben die Wirtschaftsleistung im dritten und vierten Quartal des laufenden Jahres nach unseren Berechnungen jeweils um 0,1 Prozent geschmälert. Zum Teil könnten sich diese Effekte zwar überlagern. Zusammengenommen dürften sie jedoch das Niveau des Bruttoinlandsprodukts im dritten und im vierten Quartal um etwa 0,5 Prozent gedrückt haben. Ein Wegfall der damit verbundenen Produktionshemmnisse schlägt sich in einer etwas höheren konjunkturellen Dynamik um die Jahreswende nieder. Mit Beginn des kommenden Jahres

Tabelle 1:
Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2017–2020

	2017	2018	2019	2020
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	2,2	1,5	1,8	1,8
Bruttoinlandsprodukt, Deflator	1,5	1,8	2,2	2,2
Verbraucherpreise	1,8	1,9	2,1	2,0
Arbeitsproduktivität (Stundenkonzept)	0,9	0,1	0,8	0,7
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	44 269	44 846	45 290	45 617
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,7	5,2	4,8	4,6
<i>In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>				
Finanzierungssaldo des Staates	1,0	1,7	1,3	0,9
Schuldenstand	63,9	59,8	56,2	53,4
Leistungsbilanz	8,0	7,7	7,2	7,1

Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Arbeitsproduktivität: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*, grau hinterlegt: Prognose des IfW.

treten zudem verschiedene fiskalische Maßnahmen in Kraft, die die Kaufkraft der privaten Haushalte merklich anheben. In der Folge dürften die privaten Konsumausgaben einen kräftigen Impuls erhalten und die entsprechenden Wirtschaftsbereiche stimuliert werden.

Der Aufschwung trägt noch in das nächste Jahr, dürfte dann aber mehr und mehr an Grenzen stoßen. Die deutsche Wirtschaft hat die Spätphase des seit über fünf Jahren anhaltenden Aufschwungs erreicht. Bereits im Frühjahr kam der Anstieg der industriellen Kapazitätsauslastung auf sehr hohem Niveau zum Erliegen, im April wurde seit zwei Jahren sogar erstmals ein leichter Rückgang verzeichnet. Der jüngste Rückgang um 0,7 Prozentpunkte im Oktober wurde aber wohl auch spürbar von den Sondereffekten im Fahrzeugbau beeinflusst. Mit dem Wegfall der WLTP- und pegelstandsbedingten Produktionsbehinderungen ist zum Auftakt des kommenden Jahres mit einer Gegenbewegung der Wirtschaftsleistung zu rechnen. Insgesamt dürfte daher die Kapazitätsauslastung in der Industrie zunächst weiter nahe an ihre historischen Spitzenwerte heranreichen. Die Bauwirtschaft operiert bereits seit einiger Zeit an der Kapazitätsgrenze; angesichts hoher Auftragsreichtums rechnen wir damit, dass sich diese Entwicklung auch im kommenden Jahr fortsetzt, wobei die Bautätigkeit nur in dem Maße ausgeweitet werden kann, wie die Baukapazitäten wachsen. Die Dienstleistungsbereiche sind zwar ebenfalls schon überdurchschnittlich

ausgelastet, allerdings dürften hier noch gewisse Expansionsspielräume bestehen. In der Spätphase eines Aufschwungs nehmen die Knappheiten am Arbeitsmarkt zu, und die Lohndynamik verstärkt sich. Dies stimuliert insbesondere die konsumnahen Wirtschaftsbereiche und damit vor allem den Dienstleistungssektor. Verstärkt wird dies durch den expansiven Kurs der Finanzpolitik, die ebenfalls vor allem den verfügbaren Masseneinkommen zugutekommt und so die privaten Konsumausgaben zusätzlich anregt. Zwar dürften die Finanzierungsbedingungen über den gesamten Prognosezeitraum hinweg ausgesprochen günstig bleiben, allerdings kommt die Rentabilität der Investitionen mit anziehenden Löhnen und größerer Störanfälligkeit der Produktionsprozesse aufgrund hoher Auslastung von der Kostenseite her unter Druck, was das Investitionsmotiv schwächt.

Außenwirtschaftlich folgte auf die ausgesprochen kräftige Expansion im Jahr 2017 eine Gegenbewegung im ablaufenden Jahr. Zwar dürften die Ausfuhren nach dieser Schwächephase im kommenden Jahr zunächst wieder kräftiger anziehen, angesichts der sich insgesamt etwas eintrübenden Weltkonjunktur werden die Exporte wohl im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums etwas weniger dynamisch zulegen.

Alles in allem erwarten wir für das laufende Jahr einen Anstieg des Bruttoinlandsproduktes um 1,5 Prozent, gefolgt von 1,8 Prozent in den beiden Folgejahren. Damit ha-

ben wir unsere Prognose für das laufende Jahr gegenüber unserem Konjunkturausblick vom Herbst um 0,4 Prozentpunkte und für das Jahr 2019 um 0,2 Prozentpunkte reduziert. Die Expansionsrate für das Jahr 2020 ist durch einen Arbeitstageeffekt von 0,4 Prozentpunkten überzeichnet (Tabelle 2). Arbeitstäglich bereinigt dürften die Expansionsraten in der zweiten Hälfte des Prognosezeitraums geringer ausfallen als die Potenzialwachstumsrate, so dass im kommenden Jahr allmählich der Abschwung einsetzt.

Tabelle 2:
Statistische Zerlegung der Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes 2017–2020

	2017	2018	2019	2020
Ursprungswerte	2,2	1,5	1,8	1,8
Kalendereffekt (Prozentpunkte)	-0,3	0,0	0,0	0,4
kalenderbereinigt	2,5	1,5	1,9	1,5
Statistischer Überhang	0,5	0,8	0,3	0,7
Verlaufsrate	2,8	1,1	2,2	1,2

Preisbereinigt, in Prozent; Statistischer Überhang, Verlaufsrate: auf der Basis saison- und kalenderbereinigter Quartalswerte; Abweichungen bei der Zerlegung rundungsbedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2* und *Reihe 1.3*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Monetäre Rahmenbedingungen

Die geldpolitischen Sondermaßnahmen der EZB laufen über einen langen Zeitraum gestreckt aus. Mit dem Ende des laufenden Jahres sollen die Nettokäufe im Zuge des Wertpapierkaufprogramms eingestellt werden. Danach werden allerdings weiterhin die Rückflüsse aus fällig werdenden Anleihen reinvestiert werden. Die Bilanz des Eurosystems bleibt somit ausgedehnt; die turnusgemäße Neuberechnung des EZB-Kapitalschlüssels, der bestimmt, wie die Käufe auf die Anleihen der einzelnen Länder verteilt werden, wird aber zunächst keine merklichen Auswirkungen haben (Kasten 2). Die Zentralbankzinsen, die derzeit bei -0,4 Prozent (Einlagesatz), 0,0 Prozent (Hauptrefinanzierungssatz) bzw. 0,25 Prozent (Spitzenrefinanzierungssatz) liegen, werden noch geraume Zeit niedrig bleiben. Ein erster Zinsschritt wird wohl nicht vor kommenden Herbst erfolgen; auch für das Jahr 2020 rechnen wir nur mit einem einzigen Zinsschritt. Ab Juni 2020 werden nach und nach Tranchen

der gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO II) fällig. Während die große Mehrzahl der Banken in der Lage sein dürfte, dies zu verwinden, könnte es für einzelne Banken (insbesondere italienische, die sich in besonders großem Umfang über diese Geschäfte mit Liquidität eingedeckt haben)¹ bereits ab Juni 2019 Auswirkungen haben, da Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von unter einem Jahr nicht mehr voll für die Erfüllung der strukturellen Liquiditätsquote (NSFR) herangezogen werden können.

Die Finanzierungsbedingungen bleiben vor dem Hintergrund eines nur langsamen Zinsanstiegs günstig. Bundesanleihen mit zehnjähriger Restlaufzeit verteuerten sich zuletzt wieder etwas und versprachen nur noch eine Rendite von 0,3 Prozent. Im Einklang mit einem erwarteten sehr verhaltenen Anziehen der Leitzinsen dürfte ihre Verzinsung auch im Prognosezeitraum nur leicht zunehmen und Ende des Jahres 2020 rund 0,7 Prozent betragen. Die Finanzierungskosten des Privatsektors werden wohl ebenfalls moderat bleiben. Die Kreditzinsen hielten zuletzt nahezu unverändert ihr niedriges Niveau: für große Unternehmenskredite wurden im Oktober 1,6 Prozent verlangt, während für kleine 2,5 Prozent fällig waren und Wohnungsbaukredite mit 1,7 Prozent zu Buche schlugen (jeweils für Laufzeiten zwischen einem und fünf Jahren). Bei den Kapitalmarktzinsen zeichnet sich die Zinswende bereits etwas stärker ab. Unternehmensanleihen mit mittleren Restlaufzeiten von über drei Jahren erhöhten ihren Renditeabstand gegenüber Bundespapieren und warfen im November 3 Prozent ab – gegenüber 1,6 Prozent im Vorjahresmonat. Laut der Umfrage zum Kreditgeschäft der Banken (Bank Lending Survey) kam es bei den Kreditrichtlinien (generelle Voraussetzungen für die Kreditvergabe) am aktuellen Rand zu keiner Straffung, und die Kreditbedingungen (konkrete Kreditkonditionen) wurden wohl vor allem bei Unternehmens- aber auch bei Wohnungsbaukrediten weiter verbessert. Insbesondere gaben die Banken an, ihre Zinsmargen zuvor-

¹ Etwa ein Drittel der Gesamtsumme entfällt auf italienische Banken, während die spanischen Banken mit einem Anteil von über 20 Prozent der zweitgrößte Abnehmer sind.

derst aufgrund des Wettbewerbsdrucks noch weiter reduziert zu haben.

Die Kreditexpansion hält ihr Tempo. Die Summe der Kredite an den nichtfinanziellen privaten Sektor lag im Oktober 4,3 Prozent über dem Vorjahreswert und stieg damit genauso schnell wie auch im dritten Quartal. Weiterhin überdurchschnittlich trugen hierzu die Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen, welche zuletzt um 5,8 Prozent zulegten (gegenüber 6 Prozent im dritten Quartal), und für den Wohnungsbau, die um 4,8 Prozent stiegen (4,7 Prozent im dritten Quartal), bei. Die sonstigen Kredite an private Haushalte entwickelten sich mit einem Zuwachs von 0,1 Prozent (0,0 Prozent im dritten Quartal) aber weiterhin sehr verhalten. Insgesamt zeichnet sich für das vierte Quartal ein nachlassender aber noch leicht positiver Kreditimpuls ab.

Außenhandel

Die deutschen Ausfuhren werden vorübergehend von Sondereffekten gebremst. Nach einer verhaltenen Expansion im ersten Halbjahr waren die Exporte im dritten Quartal rückläufig. Die jüngste Schwäche dürfte vor allem den Produktionsausfällen bei der Automobilindustrie durch die WLTP-Einführung geschuldet worden sein.² Aus regionaler Sicht gingen die nominalen Ausfuhren in das Vereinigte Königreich und nach Russland merklich zurück. Die Warenlieferungen in die Vereinigten Staaten und nach China entwickelten sich hingegen kräftig, was auch auf Vorzieheffekte angesichts der Unsicherheit um den schwe-

² So gingen die nominalen Ausfuhren von Kraftwagen- und Kraftwagenteilen in den Monaten Juni bis August um 1,7 Mrd. € zurück, wengleich im September wieder eine Zunahme von 0,5 Mrd. € zu beobachten war. Die Ausfuhren von Waren in den Bereichen der Chemischen Erzeugnisse und der Informationstechnologie wurden hingegen spürbar ausgeweitet, sodass der Anteil des Bereichs Kraftwagen- und Kraftwagenteilen an den gesamten nominalen Warenausfuhren um mehr als einen 1 Prozentpunkt auf 17,3 Prozent fiel. Freilich war bereits in den Quartalen zuvor ein leichter Rückgang des Anteils dieser Warengruppe zu beobachten: nachdem Kraftwagen- und Kraftwagenteile in der Dekade vor der Finanzkrise etwa 20 Prozent der deutschen Ausfuhren stellten, fiel ihr Anteil im Jahr 2008 auf 16 Prozent, erholte sich danach stetig bis auf 19 Prozent in den Jahren 2015 und 2016, und war seit Mitte 2017 etwas rückläufig.

lenden Handelsstreit zwischen diesen beiden Ländern hindeuten könnte. Darüber hinaus dürften die direkten Auswirkungen der Importzölle der USA, die lediglich einen sehr geringen Anteil der deutschen Ausfuhren betreffen, insgesamt sehr gering gewesen sein. Im Falle von Zöllen gegenüber bedeutsameren Warengruppen bis hin zu einer Eskalation des Konflikts mit Zöllen auf breiter Front sowie Gegenmaßnahmen wäre mit deutlich negativen Auswirkungen auf die deutschen Ausfuhren zu rechnen (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2018: Kapitel 5).

Im Prognosezeitraum expandieren die Ausfuhren in Einklang mit der Weltkonjunktur mit spürbaren, jedoch leicht abnehmenden Raten. Zum Jahresende werden die Ausfuhren wohl in gemäßigttem Tempo angezogen haben; einer stärkeren Expansion dürften die anhaltenden Schwierigkeiten der Autoindustrie entgegengestanden haben. Zwar zogen die Warenausfuhren im Spezialhandel im Oktober in preisbereinigter Rechnung merklich an, und auch die Frühindikatoren für den Außenhandel (ifo-Exportorerwartungen im Verarbeitenden Gewerbe, Auftragseingänge aus dem Ausland, Produktionserwartungen in den Absatzländern) liegen weiterhin deutlich über ihren langjährigen Durchschnitten. Allerdings verzeichneten die Frühindikatoren im Spätsommer Korrekturen nach unten ausgehend von zuvor hohen Niveaus. Für anhaltende Schwierigkeiten der Pkw-Hersteller spricht, dass die Automobilunternehmen im November zum dritten Mal in Folge nicht mit steigenden Exporten rechneten; hier erwarten wir für das kommende Jahr Nachholeffekte. Zudem ist die Exporttätigkeit der Unternehmen wohl durch die mit den niedrigen Pegelständen verbundenen Probleme bei der Binnenschifffahrt behindert worden. Darüber hinaus dürfte die zuletzt gestiegene Unsicherheit anhand der Finanzmarktvolatilität in den Abnehmerländern, nach anhaltenden Tiefstwerten im Jahr 2017, dämpfend wirken. Im weiteren Verlauf kommt mit Ausklingen der Sondereffekte die Dynamik der Weltkonjunktur als treibender Faktor wieder stärker zum Tragen: mit der nachlassenden Konjunktur in wichtigen Abnehmerländern dürften die Ausfuhren mit spürbaren, aber leicht abnehmenden Raten zulegen (Gern et al. 2018). Die

preisliche Wettbewerbsfähigkeit wird sich nach einer Verschlechterung dieses Jahr im weiteren Verlauf voraussichtlich etwas verbessern und damit stützend wirken. Alles in allem rechnen wir mit Zunahmen der Ausfuhren von 2,0 Prozent im laufenden Jahr sowie 3,6 Prozent und 4,6 Prozent in den beiden darauffolgenden Jahren; die steigenden Jahresraten spiegeln dabei Basiseffekte sowie den Kalendereffekt im Jahr 2020 wider.

Die Einfuhren werden in lebhaftem, etwas nachlassendem Tempo expandieren. Im Sommerhalbjahr wurden die Importe recht kräftig ausgeweitet. Zum Jahresende dürften sie vorübergehend etwas an Dynamik eingebüßt haben. Zwar stiegen die nominalen Warenimporte im Spezialhandel im Oktober deutlich; in preisbereinigter Rechnung fiel die Zunahme jedoch verhaltener aus. Im übrigen Prognosezeitraum werden die Einfuhren wohl mit recht kräftigen, leicht nachlassenden Raten expandieren, im Einklang mit den Verläufen bei den Ausrüstungsinvestitionen, beim Konsum und beim Bedarf an Vorleistungsgütern seitens der Exporteure. Insgesamt rechnen wir mit Ausweitungen der Importe um 3,3 Prozent im Jahr 2018 sowie 5,2 und 5,5 Prozent in den Jahren 2019 und 2020.

Die Terms of Trade verschlechterten sich zum Jahresende, im weiteren Verlauf ist eine geringfügige Verbesserung angelegt. Im dritten Quartal verschlechterten sich die Terms of Trade zum vierten Mal in Folge – die Einfuhrpreise waren mit dem Ölpreisanstieg sowie der leichten Aufwertung des Euro vom Spätsommer etwas stärker gestiegen als die Ausfuhrpreise. Im Schlussquartal wird sich diese Dynamik aufgrund einer verzögerten Wirkung des bis Mitte Oktober gestiegenen Ölpreises wohl nochmals verstärkt haben. Zu Jahresbeginn dürften sich die Terms of Trade hingegen verbessern, da dann der jüngste Ölpreisrückgang die Importpreise voraussichtlich stärker drücken wird als die Exportpreise. Im weiteren Verlauf ist eine geringfügige Verbesserung der Terms of Trade angelegt aufgrund einer höheren Zunahme bei den Ausfuhrpreisen, da die Exporteure ihre steigenden Lohnkosten zunehmend einpreisen dürften. Im Jahresergebnis rechnen wir mit einer Verschlechterung der Terms of Trade um 0,8 Pro-

zent im laufenden Jahr, gefolgt von Verbesserungen um jeweils 0,2 und 0,3 Prozent in den Jahren 2019 und 2020.

Heimische Absorption

Die heimische Absorption expandiert lebhaft. Die inländische Verwendung legte im dritten Quartal mit 0,8 Prozent recht kräftig zu. Allerdings ging der Anstieg im Wesentlichen auf die sehr schwankungsanfälligen Vorratsveränderungen zurück. Davon abgesehen stagnierte die heimische Absorption nahezu. Maßgeblich war, dass sich die privaten Haushalte trotz der kräftig steigenden Einkommen beim Konsum zurückgehalten haben; die privaten Konsumausgaben verringerten sich um 0,3 Prozent. Zudem weiteten die Unternehmen ihre Investitionen nur zögerlich aus. Die Bauinvestitionen legten dagegen recht kräftig um 1 Prozent zu, vor allem weil die Wohnungsbauinvestitionen deutlich zunahmten. Im Prognosezeitraum dürfte die heimische Absorption vorerst weiter lebhaft ausgeweitet werden. Im kommenden Jahr wird der private Konsum durch die die Einkommen erhöhenden finanzpolitischen Maßnahmen einen zusätzlichen Schub erhalten. Zudem werden die Bauinvestitionen ihr Expansionstempo wohl in etwa halten können. Alles in allem rechnen wir mit einem Anstieg bei der inländischen Verwendung für das kommende Jahr um 2,3 Prozent, nach 2,1 Prozent im laufenden Jahr. Im Verlauf des Prognosezeitraums wird die heimische Absorption voraussichtlich an Dynamik einbüßen. Aufgrund der deutlich höheren Zahl an Arbeitstagen wird sich die Zuwachsrate der inländischen Verwendung aber wohl nur leicht auf 2,1 Prozent im Jahr 2020 verringern.

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte steigen kräftig. Neben den weiter deutlich aufwärts gerichteten Arbeitseinkommen werden zahlreiche Maßnahmen der Bundesregierung zu einem deutlichen Anstieg der verfügbaren Einkommen im kommenden Jahr führen. Aufgrund der Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung sowie von Abgabensenkungen werden die Nettolöhne und -gehälter im kommenden Jahr mit 5 Prozent deutlich rascher steigen als die Bruttolöhne und -gehälter (4,4 Prozent). Im Jahr 2020 dürften Löhne und Gehälter, brutto

wie netto, um reichlich 4 Prozent zulegen. Zudem werden die monetären Sozialleistungen aufgrund von Leistungsausweitungen bei der Rente sowie höheren Rentenanpassungen in den kommenden beiden Jahren mit voraussichtlich 4,4 Prozent (2019) und 3,6 Prozent (2020) in deutlich höherem Tempo ausgeweitet werden als im laufenden Jahr (2,7 Prozent). Kaum Impulse sind dagegen von den Unternehmens- und Vermögenseinkommen zu erwarten. Im dritten Quartal waren die gesamtwirtschaftlichen Unternehmens- und Vermögenseinkommen im Vorjahresvergleich sogar rückläufig. Dieser Rückgang dürfte zwar vor allem temporären Faktoren, wie den WLTP-bedingten Produktionsausfällen, geschuldet sein. Allerdings werden die Unternehmens- und Vermögenseinkommen wohl auch im kommenden Jahr so wie im bisherigen Aufschwung nur wenig Dynamik entfalten. Im Jahr 2020 wird die hohe Zahl an Arbeitstagen allerdings zu einem zusätzlichen Schub führen.³ Vor diesem Hintergrund rechnen wir für die kommenden beiden Jahre auch bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte nur mit verhaltenen Anstiegen. Alles in allem dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im kommenden Jahr um 3,8 Prozent und im Jahr 2020 um 3,5 Prozent zulegen, nach 3,3 Prozent im laufenden Jahr.

Die privaten Konsumausgaben ziehen wieder an. Der Rückgang des privaten Konsums im dritten Quartal war wohl vor allem temporären Faktoren geschuldet. Auf vornehmlich temporäre Effekte deutet der kräftige Anstieg der Sparquote um saisonbereinigt 0,5 Prozentpunkte hin, liegen derzeit doch keine strukturellen Gründe vor, die per Saldo für einen solch sprunghaften Anstieg sprechen.⁴ Zudem haben die Zulassungsprobleme beim neuen WLTP-Prüfverfahren offenbar den Kauf von Neuwagen behindert, wengleich dieser Effekt angesichts des Anteils des Kaufs von

Fahrzeugen am privaten Konsum von etwa 5 Prozent wohl begrenzt gewesen ist. Die vorliegenden Zahlen für Zulassungen von Neuwagen und für den Umsatz beim Kfz-Handel sprechen dafür, dass die Zuwachsrate des privaten Konsums hierdurch nicht um wesentlich mehr als 0,1 Prozentpunkte gedrückt worden ist. Alles in allem gehen wir davon aus, dass sich die privaten Konsumausgaben im Prognosezeitraum mit den kräftig anziehenden verfügbaren Einkommen wieder deutlich beschleunigen werden und die Sparquote wieder auf das bislang im Durchschnitt des laufenden Jahres verzeichnete Niveau von 10,3 Prozent zurückgeht. Im vierten Quartal werden die privaten Konsumausgaben wohl um 0,4 Prozent zulegen. Einem stärkeren Anstieg entgegen steht, dass der private Konsum seitens des WLTP-Verfahrens wohl auch im Schlussquartal noch einmal etwas gedämpft worden ist, darauf deuten die vorliegenden Zahlen für die Zulassungen von Neuwagen hin. Zudem haben die Energiepreise recht kräftig angezogen und so die Kaufkraft der verfügbaren Einkommen gedrückt. Diese belastenden Effekte werden mit Beginn des kommenden Jahres jedoch voraussichtlich entfallen. Alles in allem dürften die privaten Konsumausgaben im kommenden Jahr um 1,9 Prozent und im Jahr 2020 um 1,7 Prozent zulegen, nach einem Anstieg von 1,1 Prozent im laufenden Jahr.

Kapazitätsengpässe stehen einer stärkeren Expansion der Bautätigkeit im Wege. Die Bauinvestitionen dürften im laufenden Jahr um reichlich 3 Prozent zugelegt haben. Angesichts des stimulierenden Umfelds, das sich nicht zuletzt in den äußerst günstigen Finanzierungsbedingungen zeigt, und dem hohen Auftragsbestand stehen einer stärkeren Expansion vor allem Kapazitätsengpässe bei der Bauproduktion entgegen. Dafür spricht die im historischen Vergleich bereits extrem hohe Kapazitätsauslastung sowie der hohe Anteil der Unternehmen, die von Personalengpässen berichten. Insgesamt dürften die Bauinvestitionen somit in ähnlichem Tempo zulegen, wie die Produktionskapazitäten ausgeweitet werden. Im dritten Quartal stieg die Zahl der Erwerbstätigen in der Baubranche im Vorjahresvergleich um etwa 1,5 Prozent. Zudem war die Arbeitsproduktivität zuletzt deutlich aufwärts

³ Zur Fortschreibung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen sowie zum Einfluss der Zahl der Arbeitstage siehe Janssen (2017: [IfW-Box 2017.11](#)).

⁴ So könnte der kräftige Anstieg der Wohnungsbauinvestitionen zu einem Anstieg der Sparquote beitragen, während das niedrige Zinsniveau eher für ein Absinken der Sparquote spricht.

gerichtet, und die Investitionsneigung der Unternehmen in dieser Branche ist Umfragen des DIHK zufolge derzeit ausgesprochen hoch (DIHK 2018). Vor diesem Hintergrund rechnen wir damit, dass die Bauinvestitionen auch in den kommenden beiden Jahren weiterhin um etwa 3 Prozent zulegen werden. Gegen Ende des Prognosezeitraums dürften sich die Bauinvestitionen im Verlauf zwar etwas abschwächen, vor allem weil zyklisch bedingt die Investitionen der Unternehmen und auch die Bauinvestitionen der öffentlichen Hand etwas an Fahrt verlieren. Allerdings wird die hohe Zahl an Arbeitstagen im Jahr 2020 zu einer höheren Zuwachsrate führen. Da die Ausweitung der Produktionskapazitäten weiterhin nicht mit der lebhaften Nachfrage Schritt halten dürfte, rechnen wir mit kräftig steigenden Baupreisen von jährlich etwa 5 Prozent.

Die Unternehmensinvestitionen entfalten keine große Dynamik mehr. Die Unternehmensinvestitionen wurden in den vergangenen Jahren trotz der günstigen Finanzierungsbedingungen und der hohen Kapazitätsauslastung recht verhalten ausgeweitet. Dazu beigetragen haben dürften immer wieder aufkeimende Unsicherheiten bezüglich der Geschäftsaussichten, die sich vor allem aus dem internationalen Umfeld ergeben haben. Freilich ist der derzeitige Aufschwung ungewöhnlich gedehnt, sodass die Unternehmensinvestitionen bislang insgesamt bereits in größerem Umfang zugenommen haben als in früheren Aufschwüngen. Alles in allem gehen wir davon aus, dass die Unternehmen ihre Investitionen vorerst in ähnlichem wie dem zuletzt verzeichneten Tempo ausweiten werden. Im Verlauf des Prognosezeitraums dürfte sich die Dynamik bei den Unternehmensinvestitionen abschwächen, da sich dann das Ende des Aufschwungs mehr und mehr abzeichnet.

Preisentwicklung

Rohöl verbilligte sich merklich und der Euro blieb günstig. Nachdem der Preis für ein Fass Brent-Öl bis zum Oktober auf über 80 Dollar gestiegen war, gab er zuletzt merklich nach und lag mit rund 60 Dollar wieder auf dem Wert von vor einem Jahr. Zu der Preisreduktion dürfte insbesondere beigetragen haben, dass die Sanktionen der Vereinigten

Staaten gegen den Iran weniger streng ausfallen, als zunächst befürchtet worden war. Darüber hinaus stieg auch die Ölproduktion in den Vereinigten Staaten, in Russland und in Saudi-Arabien zuletzt stark; der Produktionseinbruch in Venezuela verlor an Fahrt, und in Libyen macht eine verbesserte Sicherheitslage höhere Fördermengen möglich. Daher gehen wir davon aus, dass der jüngste Preisverfall Bestand haben wird; im Prognosezeitraum rechnen wir mit einem in etwa konstanten Ölpreis. Der Euro verbilligte sich leicht und kostete zuletzt noch 1,14 US-Dollar.

Die Verbraucherpreisinflation verfestigt sich. Ersten Angaben zufolge stiegen die Preise aus Konsumentensicht im November um 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Obwohl sich der Preisauftrieb gegenüber dem Oktober etwas verlangsamte, wurden damit seit Mai Inflationsraten von mindestens zwei Prozent erreicht. Besonders stark trug zuletzt die Energiekomponente, deren Preise im November um 9,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr stiegen, zur Teuerung bei. Der im Oktober einsetzende Ölpreisverfall macht sich erst allmählich in Form geringerer Kraftstoffpreise für die Verbraucher bemerkbar. Das Niedrigwasser insbesondere im Rhein führte zuletzt zu erheblichen Kostensteigerungen beim Transport von den Erdölumschlagshäfen ins Binnenland, sodass bei den Kraftstoffen die Preisaufschläge in süddeutschen gegenüber den küstennäheren Regionen deutlich zunahmen. Nahrungsmittel, die sich zur Jahresmitte auch wetterbedingt deutlich verteuerten, wiesen im November hingegen mit 1,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr wieder einen etwas niedrigeren Preisanstieg auf. Auch die um die volatilen Komponenten bereinigte Kernrate der Inflation fiel mit 1,4 Prozent im November recht moderat aus. Insgesamt sollten die Verbraucherpreise dieses Jahr um 1,9 Prozent steigen. Ab dem kommenden Frühjahr dürfte der Preisschub von Seiten der Energiekomponente nachlassen. Gleichzeitig wird sich aber wohl die hohe Überauslastung der Produktionskapazitäten mehr und mehr bemerkbar machen, sodass wir für die kommenden beiden Jahre jeweils mit Teuerungsraten von reichlich zwei Prozent rechnen.

Arbeitsmarkt

Die tariflich vereinbarten Löhne und Gehälter steigen spürbar. Nach einem Zuwachs von 2,1 Prozent im vergangenen Jahr dürften die Tariflöhne ausweislich des Tarifindex der Deutschen Bundesbank im laufenden Jahr im Durchschnitt um 2,9 Prozent gestiegen sein. Maßgeblich für die Beschleunigung sind die jüngsten Abschlüsse in der Metall- und Elektroindustrie, im öffentlichen Dienst (Bund und Gemeinden) sowie im Bauhauptgewerbe. Im kommenden Jahr sehen die Tarifverträge in der Metall- und Elektroindustrie und im Bauhauptgewerbe hingegen einen deutlich geringeren Lohnanstieg vor. Zudem dürfte der Tariflohnanstieg durch die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung gedämpft werden, wenn auch nur geringfügig. Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden infolge der Reform wohl geringere Bruttolohnsteigerungen vereinbaren, um den Lohnkostenanstieg zu kompensieren bei gleichzeitig höheren Nettolöhnen (Groll 2018: [IfW-Box 2018.9](#)). Wir rechnen für das Jahr 2019 mit einem Tariflohnanstieg von 2,7 Prozent. Im Jahr 2020 dürften die Tariflöhne sich aufgrund der weiter zunehmenden Anspannungen am Arbeitsmarkt wieder beschleunigen, wobei die Rückkehr zur Parität noch dämpfend auf die Lohnabschlüsse wirken dürfte. Wir rechnen mit einem Anstieg von 2,9 Prozent.

Die Effektivverdienste steigen aufgrund der zunehmenden Anspannungen am Arbeitsmarkt stärker als die Tarifverdienste. Aufgrund der zunehmenden Anspannungen am Arbeitsmarkt, die nicht zuletzt in einer stetig steigenden Zahl von offenen Stellen je Arbeitslosen sowie steigenden Vakanzzeiten von offenen Stellen zum Ausdruck kommen (Groll 2017: [IfW-Box 2017.19](#)), gehen wir davon aus, dass nach 3,2 Prozent im laufenden Jahr die Effektivlöhne (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) in den kommenden beiden Jahren um 3,2 bzw. 3,4 Prozent beschleunigt zulegen. Steigerungen von über 3 Prozent wurden im wiedervereinigten Deutschland bislang selten verzeichnet (1992/1993 sowie 2011). Die realen Lohnstückkosten legen alles in allem spürbar zu, wenngleich sie weiterhin unterhalb ihres langjährigen Durchschnitts

bleiben, den sie während der Lohnmoderation in den 2000er Jahren deutlich unterschritten haben. In der Folge werden von der Lohnkostenseite die positiven Impulse auf die Arbeitsnachfrage der Unternehmen nachlassen.

Der Beschäftigungsaufbau wird im kommenden Jahr allmählich an Tempo verlieren. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit lag im dritten Quartal saisonbereinigt bei 117 000 Personen gegenüber dem Vorquartal. Maßgeblich für den Zuwachs der Erwerbstätigkeit ist weiterhin die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung; die Zahl der Selbständigen und die der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten sanken hingegen abermals. Zuwächse bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung wurden in fast allen Wirtschaftszweigen verzeichnet. Eine Ausnahme stellt die Zeitarbeit dar, wo die Beschäftigung bereits seit einem Jahr merklich sinkt. Dies dürfte hauptsächlich auf die Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes im Jahr 2017 zurückgehen, die den Einsatz von Zeitarbeit restriktiver gestaltete (Kasten 3). Wir gehen davon aus, dass der Beschäftigungsaufbau sein momentanes Tempo zunächst beibehält. Hierfür sprechen nicht zuletzt die gängigen Frühindikatoren, die sich auf hohem Niveau weder wesentlich verbessert noch verschlechtert haben. Ab Mitte des kommenden Jahres dürften die Beschäftigungszuwächse allerdings kleiner werden. Zum einen lässt die Arbeitsnachfrage aufgrund der sich verlangsamenden konjunkturellen Dynamik sowie aufgrund der ungünstigeren Lohnkostenentwicklung nach. Zum anderen stehen einem weiteren kräftigen Beschäftigungsaufbau zunehmend Knappheiten beim Arbeitskräfteangebot aufgrund der alternden Bevölkerung und der rückläufigen Zuwanderung entgegen. Die Arbeitslosenquote wird ausgehend von (saisonbereinigt) 5 Prozent im November weiter abnehmen, wobei das Tempo auch hier nachgeben dürfte. Wir erwarten, dass die Arbeitslosenquote auf 4,8 Prozent (2019) und 4,6 Prozent (2020) sinkt.

Öffentliche Finanzen

Die öffentlichen Haushalte schließen das Jahr 2018 mit einem Rekordüberschuss ab. Maßgeblich für den abermaligen und höher als

erwartet eintreffenden Anstieg des Budgetsaldos sind sprudelnde Steuereinnahmen und der schwache Jahresauftakt beim öffentlichen Konsum, der auf die vorläufige Haushaltsführung des Bundes – bedingt durch die lange Phase der Regierungsbildung – und wohl auch auf einen Rückgang der fluchtbedingten Ausgaben auf kommunaler Ebene zurückgeht. Insgesamt dürften die Einnahmen des Staates mit 4,8 Prozent gestiegen sein und damit deutlich schneller als die Ausgaben trotz einmaliger Mehrbelastungen im Zuge der Abwicklung der HSH Nordbank für die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein. Der Budgetüberschuss wird sich wohl auf 58 Mrd. Euro (1,7 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) belaufen.

Die expansive Finanzpolitik im Gefolge des Koalitionsvertrags führt im Jahr 2019 zu einem merklichen Anstieg der Ausgaben und einem Rückgang des Überschusses.

Die Umsetzung des Koalitionsvertrags führt zu steigenden Ausgaben in der Gesetzlichen Rentenversicherung zum einen durch die „Mütterrente II“ und zum anderen durch die Wiedereinführung der Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung, wodurch die Abführungen der Rentenversicherung an die Krankenversicherung steigen und Rentner im gleichen Maß entlastet werden. Zudem gibt es Impulse bei den öffentlichen Investitionen und dem Staatsverbrauch. Die derzeitige Unsicherheit über die Umsetzung des Digitalpakts zwischen Bund und Ländern dürfte zwar für sich genommen den Aufwuchs der öffentlichen Ausgaben bei Konsum und Investitionen im kommenden Jahr mindern, doch wurden jüngst neue Ausgaben für die Umrüstung von Dieselfahrzeugen in Aussicht gestellt. Zudem sprechen auch die Budgetüberschüsse der Vorjahre für eine merkliche Ausweitung der Ausgaben (Kasten 4). Ferner werden die Abführungen an die Europäische Union gemäß aktueller Planung merklich zulegen.

Die Einnahmen des Staates nehmen im Jahr 2019 etwas langsamer zu als im Vorjahr. Da die Beitragssätze in der Arbeitslosenversicherung kräftig gesenkt und zugleich die in der Pflegeversicherung kräftig angehoben werden, entsteht nur ein geringfügiger Effekt auf die Beitragseinnahmen, die wegen des robusten Lohnanstiegs und des anhaltenden

Beschäftigungsaufbaus abermals kräftig zulegen. Vor allem die Steuereinnahmen steigen etwas langsamer, wozu Steuerrechtsänderungen und die nur moderate Entwicklung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen beitragen. Bei den übrigen Einnahmen ist ebenfalls eine schwächere Entwicklung angelegt, da Strafzahlungen von VW (2018: 1 Mrd. Euro) und Audi (2018: 0,8 Mrd. Euro) sowie Zahlungen aus dem Schiedsgerichtsverfahren mit dem Mautbetreiber TollCollect (2018: 1,1 Mrd. Euro) entfallen.

Im Jahr 2020 dürften die Ausgaben erneut schneller zunehmen als die Einnahmen.

Die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag wirkt im übernächsten Jahr nach, und die günstige Finanzlage der gesetzlichen Krankenkassen spricht für eine Ausweitung der Leistungen und eine Reduktion der Zusatzbeiträge. Zugleich werden sich die Steuereinnahmen zwar leicht beschleunigen, doch das Tempo der Ausgaben nicht erreichen. Insgesamt rechnen wir mit einem Überschuss von 35 Mrd. Euro (0,9 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) nach 45 Mrd. Euro im Jahr 2019. Der Bruttoschuldenstand dürfte im Jahr 2020 auf etwa 54 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gesunken sein.

Risiken und Wirtschaftspolitik

Produktionsseitige Sonderfaktoren verstärken die in der Spätphase des Aufschwungs ohnehin hohe Diagnoseunsicherheit.

Ausweislich der Umfragen zur Kapazitätsauslastung operierte die deutsche Industrie zu Beginn des Jahres nahe an den historisch gemessenen Höchstmarken. Für die Bauwirtschaft gilt dieser Befund schon seit längerem, und auch die Dienstleistungsbereiche, für die die Umfragen weniger weit zurückreichen, melden überdurchschnittliche Auslastungszahlen. Unsere Schätzung zur gesamtwirtschaftlichen Produktionslücke (Ademmer et al. 2018) stützen ebenfalls den Befund einer ausgeprägten Hochkonjunktur in Deutschland.⁵

⁵ Hinzu kommt, dass die gängigen Schätzverfahren das Produktionspotenzial in Hochkonjunkturphasen in Echtzeit systematisch überschätzen und somit die konjunkturelle Überauslastung systematisch unterschätzen (Ademmer et al. 2019).

Die damit verbundene Überauslastung kann nicht von Dauer sein. So werden die Produktionsprozesse anfälliger für Störungen, weil kaum noch Reserven bestehen, um kurzfristig auftretende Planabweichungen aufzufangen. Zudem sind die Produktionskapazitäten von der Kostenseite für eine Normalauslastung ausgelegt. Wird diese deutlich überschritten, sinkt die Rentabilität der Produktion, und die Investitionsanreize verringern sich. Darüber hinaus macht sich die zunehmende Verknappung am Arbeitsmarkt lohnsteigernd bemerkbar, was ebenfalls die Rentabilität drückt. Mit dem Erreichen der technischen Vollauslastung, die deutlich oberhalb der ökonomisch nachhaltigen Normalauslastung liegt, nehmen zudem die Expansionspielräume ab, weil die Wirtschaftsleistung dann nur noch mit dem Ausbau der produktionswirksamen Kapazitäten zunehmen kann. Dadurch schwächt sich die konjunkturelle Dynamik zwangsläufig ab, wodurch solche Vorhaben tendenziell zurückgestellt werden, deren Planung auf fortgesetzt höheren Raten beruhte. Geht in der Folge all dieser Faktoren schließlich die Kapazitätsauslastung zurück, werden nach und nach zudem diejenigen Geschäftsmodelle brüchig, die nur in Reaktion auf die Überauslastung marktfähig waren, wodurch der Abschwung verstärkt wird. Vor diesem Hintergrund kommt der Beurteilung der seit dem Frühjahr in der Tendenz rückläufigen Kapazitätsauslastung in der Industrie besondere Bedeutung zu. Lägen keine Sonderfaktoren vor, müsste von diesem Befund stärker auf eine Abkühlung der konjunkturellen Grunddynamik geschlossen werden. Allerdings wirkten mit den WLTP-bedingten Produktionsrückgängen im Fahrzeugbau und den niedrigen Pegelständen wichtiger Binnenwasserstraßen zwei gesamtwirtschaftlich gravierende Sondereffekte, ohne die die Industrieproduktion im zweiten Halbjahr deutlich kräftiger ausgefallen wäre. Daher deuten wir die jüngsten Rückgänge bei der industriellen Kapazitätsauslastung noch nicht als Anzeichen des einsetzenden Abschwungs, zumal im kommenden Jahr die Expansionskräfte stärker die konsumnahen Wirtschaftsbereiche anregen dürften, die vor allem im Dienstleistungssektor angesiedelt sind. Allerdings könnten sich die genannten Sondereffekte mit möglichen Abschwungstendenzen auch überlagern.

Insgesamt steigt damit die Diagnoseunsicherheit, die ein zweiseitiges Risiko für die Prognose darstellt. Sollte der obere Wendepunkt der Konjunktur doch schon überschritten sein, so könnten im Prognosezeitraum die Kontraktionskräfte früher auftreten, als in dieser Prognose unterstellt. Es ist aber auch möglich, dass wir die gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsreserven unterschätzen, weil die vormaligen Höchstwerte der Kapazitätsauslastung, die zuletzt vor über zehn Jahren verzeichnet worden waren, für die gegenwärtige Produktionsstruktur nicht mehr in der Weise bindend sind, wie wir es gestützt auf vergangene Zyklusmuster unterstellen.

Außenwirtschaftlich schwelen protektionistische Tendenzen weiter. Die von den Vereinigten Staaten ausgehenden Handelskonflikte sind immer noch nicht bereinigt. Zwar wurde kürzlich die für den Beginn des kommenden Jahres angedrohte nächste Stufe für Zölle auf chinesische Lieferungen in die USA für drei Monate verschoben, um Raum für weitere Verhandlungen zu lassen. Damit besteht aber zunächst auch die Unsicherheit über die weiteren Konditionen im Handel zwischen zwei der drei größten Wirtschaftsräume der Welt fort. Auch die Motive der US-amerikanischen Seite bleiben weiterhin unklar. Sollte es weniger um eine merkantilistisch geprägte Schutzzollstrategie gehen – die für ein Hochtechnologieland wie die Vereinigten Staaten besonders fragwürdig wäre –, sondern um das geopolitische Ziel, die Volksrepublik China als aufstrebende Weltmacht ökonomisch auf Distanz zu halten, so gäbe es wenig Aussicht darauf, dass der aktuelle Handelsstreit überhaupt in absehbarer Zeit ausgeräumt werden könnte. Vielmehr wäre dann ein polit-ökonomischer Dauerkonflikt angelegt, solange die amerikanische Seite den Aufstieg Chinas als Bedrohung einstuft. Darüber hinaus ist auch der Handelskonflikt mit der Europäischen Union noch nicht ausgeräumt, und es besteht weiterhin die Möglichkeit, dass insbesondere Pkw-Exporte aus der EU in die USA mit drastisch erhöhten Zollsätzen belegt werden.

Die Stabilitätsrisiken in der Europäischen Währungsunion haben zugenommen. Die italienische Regierung lehnt die für Mitgliedsländer der Europäischen Währungsunion gel-

tenden fiskalischen Regeln weiterhin ab, weil sie in der Begrenzung des fiskalischen Spielraums eine für das eigene Land schädliche Restriktion sieht. Damit ist der Konsens über die dem Euro als Gemeinschaftswährung zugrundeliegenden Stabilitätskriterien aufgekündigt. Institutionen können aber immer nur so stark sein wie der Konsens, der sie trägt. Dem Euroraum stehen daher im Prognosezeitraum weitere Spannungen ins Haus. Diese sind mit dem Risiko verbunden, dass die Geldpolitik zur Überbrückung der bestehenden Konflikte noch länger expansiv ausgerichtet bleibt. Damit verstärken sich die hiermit verbundenen Stabilitätsgefahren, insbesondere die mit dem zu niedrigen Zinsniveau einhergehende Deformation der Produktionsstrukturen und eine unzureichende fiskalische Disziplin. Seit kurzem hat sich auch die politische Lage in Frankreich deutlich angespannt. Die Zustimmungswerte des Präsidenten sind dramatisch eingebrochen, und die Unzufriedenheit der Bevölkerung bricht sich in zum Teil gewaltsamen Protesten Bahn. Die Regierung hat darauf bislang mit einer Rücknahme von Öko-Steuern auf Treibstoffe und verschiedenen sozialpolitischen Maßnahmen reagiert. Angesichts einer im internationalen Vergleich sehr hohen Abgabenquote und einer noch höheren Staatsquote hatte sich die amtierende Regierung ursprünglich ein Schrumpfen des Staatssektors und tiefgreifende Reformprogramme vorgenommen. Es erscheint indes zunehmend fraglich, ob der amtierenden Regierung für weitreichende Einschnitte noch der notwendige Rückhalt seitens der Bevölkerung entgegengebracht wird. Vielmehr droht der Reformkurs in Frankreich abzubrechen. Angesichts einer hohen Staatsverschuldung könnte sich das Land damit neben Italien zum zweiten Instabilitätsfaktor im Euroraum entwickeln.

Für den Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union hat sich das Spektrum möglicher Szenarien wieder geöffnet. Zwar wurde mittlerweile ein Austrittsabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich ausgehandelt, bei dem das Land für eine Übergangszeit im Europäischen Binnenmarkt verbleiben würde. Allerdings fehlt diesem Abkommen derzeit offenbar die Mehrheit im briti-

sehen Parlament. Damit hat sich die Ungewissheit über den weiteren Brexit-Prozess erhöht. Sowohl ein Ausscheiden des Landes ohne Abkommen („harter Brexit“) als auch ein Verbleib in der Europäischen Union (Rücknahme der Austrittserklärung) sind gegenwärtig wahrscheinlicher als noch vor drei Monaten.

Die arbeitsmarktpolitische Debatte in Deutschland adressiert mit der Kritik an den Hartz-Gesetzen die falschen Schwerpunkte. Die Zahl der Arbeitslosen ist von über 4,8 Millionen (2005, Quote: 11,7 Prozent) auf zuletzt 2,3 Millionen gesunken (Quote: 5,0 Prozent). Neben der bereits zuvor einsetzenden Lohnmoderation geht diese Entwicklung auch auf die Hartz-Gesetze zurück.⁶ Aus der Überwindung der Massenarbeitslosigkeit lässt sich nicht schließen, dass die Hartz-Gesetze nunmehr obsolet seien. Die ordnungspolitisch richtigen Rahmensetzungen werden nicht dadurch falsch, dass sich das mit ihnen bezweckte Ergebnis einstellt. Die Kombination des „Förderns und Forderns“ hat in der Sache nichts von seiner Richtigkeit verloren. Das Fordern, zu dem auch Sanktionen bei unkooperativem Verhalten gegenüber Vermittlungs- und Fortbildungsmaßnahmen der Arbeitsagenturen gehören,⁷ in ein „Fördern mit Anreizen“ zu überführen, läuft letztlich darauf hinaus, die durchschnittlichen Lohnersatzraten anzuheben, wenn etwa das Nichterscheinen bei einem Gesprächstermin nicht länger durch Transferkürzung sanktioniert, sondern das Erscheinen durch eine Prämie belohnt wird. Die mit den durch die „Agenda 2010“ an die Arbeitslosengeldbezieher gerichteten Erwartungen waren in der damaligen Arbeitsmarktlage deutlich fordernder als heute. Daher stellt sich die Frage, inwiefern die damaligen Anforderungen heute nicht mehr zumutbar sein können. Ferner übersieht die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen, das den staatlichen Leistungsbezug nicht an die Bereitschaft zur Aufnahme einer Erwerbs-

⁶ Vgl. Fahr und Sunde (2009), Krause und Uhlig (2012), Hertweck und Sigrüst (2013), Krebs und Scheffel (2013), Launov und Wälde (2016) und Hochmuth et al. (2018).

⁷ Zu den Effekten von Sanktionen für Arbeitslosengeld-II-Bezieher vgl. Müller und Steiner (2008), Boockmann et al. (2009), Hohenleitner und Hillmann (2012) und van den Berg et al. (2017).

arbeit bindet, dass auch auf dem Arbeitsmarkt letztlich nur über Preissignale die Knappheiten verschiedener Tätigkeiten für den einzelnen erkennbar sind. Diese übersetzen die Zahlungsbereitschaft der Konsumenten in Einkommenssignale der am Produktionsprozess beteiligten Faktoren. Unterbricht der Staat durch ein bedingungsloses Grundeinkommen diesen Marktverbund und stellt er es der einzelnen Arbeitskraft anheim, welche Tätigkeit ausgeübt wird, so würden an entscheidender Stelle marktwirtschaftliche Koordinationsmechanismen außer Kraft gesetzt. Damit würde knappe Arbeitskraft nicht mehr für den drängendsten Bedarf zum Einsatz kommen. Zudem steigt die fiskalische Belastung, die angesichts der demografischen Entwicklung die Verteilungskonflikte in naher Zukunft erheblich verschärfen wird. Insgesamt gehen damit diese Vorschläge zur Reform des Sozialstaates in die falsche Richtung, auch weil sie das Hauptproblem im sozialstaatlichen Gefüge nicht adressieren. Dieses Problem besteht weiterhin in Fehlanreizen zur Aufnahme bzw. Ausweitung der Erwerbstätigkeit im unteren Einkommensbereich, weil das Transfer- und Abgabensystem unzureichend verzahnt ist. Hohe Transferentzugsraten, die je nach Haushaltszusammensetzung an die 100 Prozent heranreichen können, stehen dem Anspruch entgegen, dass sich reguläre Arbeit lohnt.

Die industriepolitischen Vorstöße im Bereich der Batterieproduktion für Elektrofahrzeuge bedeuten eine weitere Abkehr von marktwirtschaftlicher Ordnungspolitik.

Die Bundesregierung hat mit Blick auf die Entwicklung der Elektromobilität die Absicht erklärt, bis zum Jahr 2030 ein Drittel der weltweiten Batterieproduktion aus deutscher und europäischer Produktion zu decken, und dafür Subventionen in der Größenordnung von einer Milliarde Euro in Aussicht gestellt. Diese Form der Industriepolitik trägt nicht nur protektionistische Züge, weil sie sich unmittelbar gegen die asiatische Konkurrenz wendet. Sie ist auch als Technologiepolitik erheblichen Gefahren der Fehlsteuerung ausgesetzt. Die Überlegenheit einer marktwirtschaftlichen Ord-

nung rührt daher, dass sie den ökonomischen Akteuren die Freiheit bietet, die Vorteile der Arbeitsteilung auszuschöpfen und so den Wohlstand zu mehren. Dies gilt auch grenzüberschreitend und bedeutet, diejenigen Güter, die im Ausland günstiger bezogen werden können, nicht selbst zu fertigen. Das universelle Prinzip der komparativen Vorteile gilt auch in der Hochtechnologie und sogenannten Zukunftstechnologien, zu denen die Wirtschaftspolitik hierzulande nun die Batterieproduktion für Elektrofahrzeuge erklärt hat. Für einen wirtschaftspolitischen Eingriff in diesem Bereich wäre der Beleg zu erbringen, dass politische Entscheidungsträger sowohl die Marktfähigkeit einer bestimmten Technologie als auch die relativen Standortvorteile besser einzuschätzen vermögen als unternehmerische Entscheidungs- und Risikoträger. Hieran bestehen erhebliche Zweifel, auch mit Blick auf die Ergebnisse vermeintlicher Zukunftstechnologien, die in der Vergangenheit subventioniert wurden, dann aber den Markttest nicht bestanden oder sogar politisch wieder in Frage gestellt wurden (z. B. Magnet-schwebebahn Transrapid, Überschallflugzeug Concorde, Solarzellenproduktion, Stromproduktion aus Kernspaltung). Die politische Einflussnahme ist hierbei insbesondere immer der Gefahr ausgesetzt, die „technisch beste“, nicht aber die „ökonomisch beste“ Lösung zu favorisieren. Zudem stehen die Gelder, die unter industriepolitischer Regie in eine bestimmte Stromspeichertechnologie fließen, für andere Innovationen nicht mehr zur Verfügung bzw. alternative, nicht geförderte Technologien werden sogar behindert. Schließlich ist zu beachten, dass marktwirtschaftliche Innovationsprozesse weit weniger disruptiv sind, als zuweilen – zumal im politischen Diskurs – vermutet wird (Kooths 2016). Die Vorstellung, es gäbe nur ein kurzes Zeitfenster, in dem die Weichen für viele Jahrzehnte gestellt würden, und dass die richtigen Innovationswege nur dank eines staatlichen Wissensvorsprungs eingeschlagen werden könnten, steht daher auf keinem soliden Grund.

Kasten 1:
Zum Einfluss des Niedrigwassers auf die Konjunktur

Die Binnenschifffahrt in Deutschland wird seit Mitte des Jahres durch äußerst niedrige Pegelstände beeinträchtigt. Der unmittelbare Anteil der Binnenschifffahrt an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung ist zwar nur sehr gering. Die gesamtwirtschaftliche Relevanz der Binnenschifffahrt rührt aber daher, dass Vorleistungen und Endprodukte anderer Wirtschaftsbereiche über die Binnenwasserstraßen transportiert werden. Einschränkungen bei diesen Transporten können somit zu spürbaren Störungen bei den Produktionsketten führen. Im Folgenden sollen daher die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen des Niedrigwassers genauer analysiert werden.

Bedeutung der Binnenschifffahrt

Im Jahr 2017 wurden in Deutschland knapp 6 Prozent der insgesamt beförderten Gütermenge per Binnenschiff bewegt. Ein Großteil der Güterbeförderung erfolgte mit rund 78 Prozent über den Straßenverkehr; auf Eisenbahn und Seeverkehr entfielen rund 9 bzw. 7 Prozent (Tabelle K1-1). Die per Binnenschiff transportierten Güter umfassen zu einem Gutteil Kohle, rohes Erdöl und Erdgas (14 Prozent), Erze, Steine und Erden, Bergbauerzeugnisse (26 Prozent), Kokerei- und Mineralölerzeugnisse (17 Prozent) sowie chemische Erzeugnisse (11 Prozent). Die Bedeutung der Binnenschifffahrt gegenüber anderen Verkehrsträgern ist insbesondere für die Güterabteilungen Kohle, rohes Erdöl und Erdgas sowie Kokerei- und Mineralölerzeugnisse hoch, bei denen 28 bzw. 21 Prozent der gesamten Beförderungsmenge per Binnenschiff transportiert wurden. Diese Güter stehen tendenziell am Anfang vieler Produktionsketten, so dass transportbedingte Ausfälle zu Produktionsbehinderungen in nachgelagerten Produktionsstufen führen könnten.

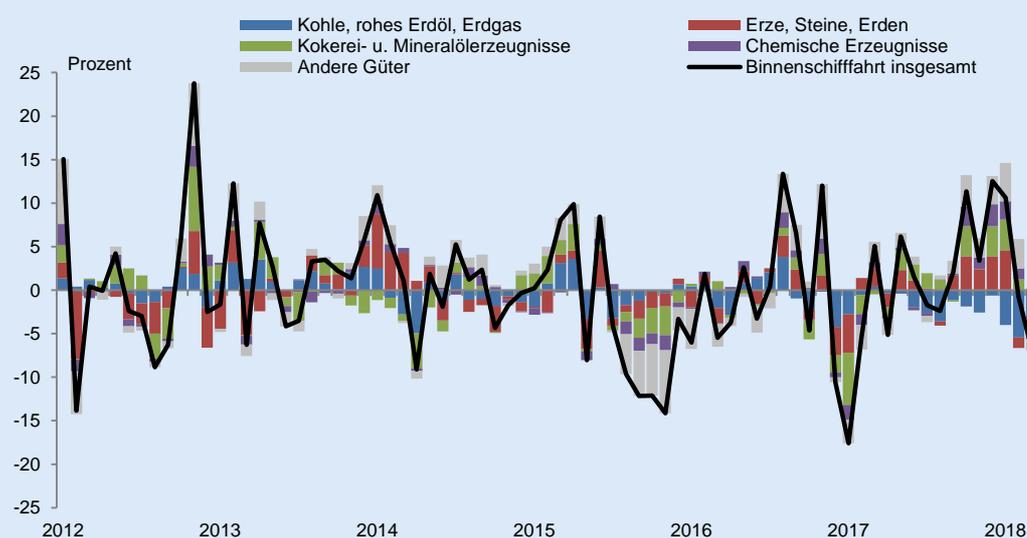
Tabelle K1-1:
Beförderungsmenge nach Verkehrsträgern und Güterabteilungen

Güterabteilung	Beförderungsmenge insgesamt (in Mill. Tonnen)	davon (in %):				Anteil der Güterabteilung an Binnenschifffahrt insgesamt (in %)
		Eisenbahn	Binnenschifffahrt	Seeverkehr	Straßenverkehr	
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	209	2	7	10	81	7
Kohle, rohes Erdöl und Erdgas	111	29	28	34	8	14
Erze, Steine und Erden, Bergbauerzeugnisse	1073	4	5	3	87	26
Nahrungs- und Genussmittel	352	1	2	5	92	4
Textilien und Bekleidung; Leder und Lederwaren	12	0	1	31	68	0
Holzwaren, Papier, Pappe	145	6	2	15	77	1
Kokerei- und Mineralölerzeugnisse	185	21	21	9	50	17
Chemische Erzeugnisse	215	12	11	11	65	11
Sonstige Mineralerzeugnisse	406	3	1	1	95	2
Metalle und Metallerzeugnisse	222	27	6	6	61	6
Maschinen und Ausrüstungen, Haushaltsgeräte etc.	61	2	1	18	78	0
Fahrzeuge	120	11	1	9	79	1
Möbel, Schmuck, Musik, Sport	15	0	3	13	84	0
Sekundärrohstoffe, Abfälle	297	5	4	1	90	5
Post, Pakete	56	0	0	0	100	0
Geräte und Material für die Güterbeförderung	96	5	2	0	93	1
Umzugsgut, sonstige nicht-marktbestimmte Güter	78	0	0	0	100	0
Sammelgut	201	2	0	0	98	0
Gutart unbekannt	172	45	9	43	4	7
Sonstige Güter	2	95	0	5	0	0
Insgesamt	4 028	9	6	7	78	100

Quelle: Destatis.

Im Monat August, für den die jüngsten Beobachtungen zu den per Binnenschiff beförderten Mengen vorliegen, unterschritt die beförderte Menge ihr Vorjahresniveau um rund 21 Prozent (Abbildung K1-1). Zwar unterlag die Transportleistung auch in der Vergangenheit sehr großen Schwankungen. Es liegt allerdings nahe, dass zuletzt vor allem das Niedrigwasser zum Rückgang der beförderten Menge beigetragen hat. Große Rückgänge waren bei den Güterabteilungen Erze, Steine und Erden, Bergbauerzeugnisse (17 Prozent), Kokerei- und Mineralölerzeugnisse (34 Prozent) sowie chemische Erzeugnisse (21 Prozent) zu verzeichnen. Diese Güter haben auch maßgeblich zum Rückgang der insgesamt beförderten Menge beigetragen.

Abbildung K1-1:
Beförderungsmenge Binnenschifffahrt 2012–2018



Monatsdaten. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. Beiträge der Güterabteilungen in Prozentpunkten. Letzte Beobachtung: August 2018.

Quelle: Destatis.

Niedrigwasser und Transportvolumen der Binnenschifffahrt

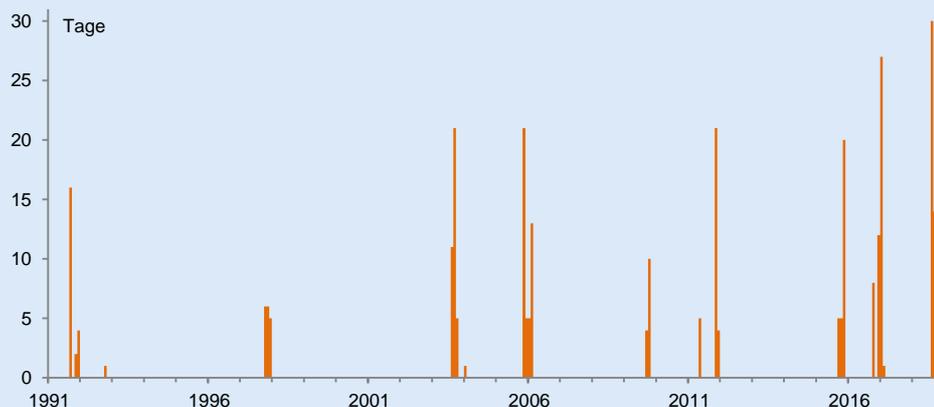
In einem ersten Schritt schätzen wir zunächst den Einfluss des Niedrigwassers auf die per Binnenschiff beförderte Gütermenge ab. Dazu ziehen wir von der Bundesanstalt für Gewässerkunde (BfG) bereitgestellte Zeitreihen für den Pegelstand bei Kaub am Rhein heran. Etwa 80 Prozent des Güterverkehrs per Binnenschifffahrt in Deutschland erfolgt auf dem Rhein (BDB 2018). Kaub ist dabei eine kritische Stelle, da hier die Fahrrinne besonders seicht ist und daher leicht zu einem Nadelöhr werden kann. Die Zeitreihen geben die Zahl der in einem Monat verzeichneten Tage an, an denen der Pegelstand geringer als ein bestimmter Schwellenwert war. Unsere Analysen basieren auf einem Schwellenwert von 78 cm (zweitniedrigste Kategorie), welcher seit dem Jahr 1991 nur selten unterschritten wurde (Abbildung K1-2). Im August sowie im Oktober und November war der Pegelstand an sämtlichen Tagen im Monat geringer als der Schwellenwert, im September zumindest an rund der Hälfte der Tage. Seit dem Jahr 1991 sind solch niedrige Pegelstände in dieser Häufung noch nicht verzeichnet worden.

Wir spezifizieren eine lineare Schätzgleichung, in der wir die Veränderung der (saisonbereinigten) monatlichen Beförderungsmenge auf die Veränderung der in einem Monat verzeichneten Tage mit Niedrigwasser regressieren. Der Schätzzeitraum umfasst die Jahre von 1993 bis 2018, da monatliche Angaben zu den per Binnenschifffahrt beförderten Gütermengen erst seit dem Jahr 1993 vorliegen. Zusätzlich nehmen wir in die Schätzgleichung eine Konstante, die erste Verzögerung der abhängigen Variable sowie einen Indikator für den nominalen Welthandel (kontemporär und verzögert) auf.

Die Ergebnisse zeigen, dass Niedrigwasser einen signifikanten Einfluss auf die beförderten Mengen hat.^a So mindert ein Tag mit Niedrigwasser die beförderte Menge in einem Monat um 0,76 Prozent (Tabelle K1-2, links). In einem Monat, in dem durchgängig Niedrigwasser verzeichnet wurde, geht die beförderte Menge somit gegenüber dem Vormonat ohne Niedrigwasser um gut 20 Prozent zurück. Demnach lässt sich der im August verzeichnete Rückgang der Transportleistung in der Binnenschifffahrt vollständig durch das Niedrigwasser erklären. Da die Niedrigwasserphase nach einer leichten Erholung im September auch noch im Oktober und November vorherrschte, dürften die beförderten Mengen somit

auch im vierten Quartal rückläufig gewesen sein. In den ersten Dezembertagen stiegen die Pegel zwar wieder an, es wären aber flächendeckende und sehr langanhaltende Niederschläge notwendig, um die Wasserspeicher des Flussgebiets wieder aufzufüllen und die Pegel nachhaltig zu normalisieren (Helms und Maurer 2018).

Abbildung K1-2:
Monate mit Niedrigwasser im Rhein 1991–2018



Monatsdaten. Zahl der Tage mit einem Pegelstand bei Kaub geringer als 78cm.

Quelle: Bundesanstalt für Gewässerkunde (BfG); Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV).

Niedrigwasser und Aktivität im Produzierenden Gewerbe

Der starke Zusammenhang zwischen Niedrigwasser und Transportleistung in der Binnenschifffahrt deutet bereits auf einen wichtigen Wirkungskanal für mögliche Produktionseffekte und die besonders betroffenen Wirtschaftsbereiche hin. Um die gesamtwirtschaftlichen Folgen abzuschätzen, untersuchen wir schließlich in einem zweiten Schritt die Auswirkungen des Niedrigwassers auf das Produzierende Gewerbe. Dazu regressieren wir die prozentuale Veränderung der (saison- und kalenderbereinigten) Produktion im Produzierenden Gewerbe auf die Veränderung der in einem Monat verzeichneten Tage mit Niedrigwasser. Zusätzlich nehmen wir eine Konstante, die erste Verzögerung der abhängigen Variable sowie, um für konjunkturelle Einflüsse zu kontrollieren, Indikatoren für die weltweite Industrieproduktion (kontemporär und verzögert) in die Schätzgleichung auf.

Den Ergebnissen zufolge vermindert ein zusätzlicher Tag mit Niedrigwasser in einem Monat die Zuwachsrate der Produktion im Produzierenden Gewerbe um knapp 0,04 Prozentpunkte (Tabelle K1-2, rechts).^b Für den Folgemonat zeigen sich ebenfalls ein dämpfender, wenn auch etwas geringerer Effekt des Niedrigwassers auf die Produktion. Basierend auf diesen Ergebnissen lässt sich überschlagsweise die Auswirkung des Niedrigwassers auf die Produktion im Produzierenden Gewerbe in der zweiten Jahreshälfte abschätzen. Für sich genommen dürfte das Niedrigwasser die Zuwachsrate der Produktion im dritten Quartal um mehr als 0,5 Prozentpunkte gedämpft haben. Da die niedrigen Pegelstände den vorliegenden Daten zufolge bis Anfang Dezember fortbestanden haben, ergibt sich für das vierte Quartal abermals ein negativer Effekt von knapp 0,5 Prozentpunkten.

Gesamtwirtschaftliche Einordnung

Bei einem Anteil des Produzierenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung von rund 30 Prozent ergeben sich somit auch sichtbare Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt. Diese dürften freilich von vielen verschiedenen Einflussfaktoren abhängen, für die man in empirischen Analysen in Gänze nur schwer kontrollieren kann. So könnten die Auswirkungen vor dem Hintergrund der hohen Kapazitätsauslastung sogar noch größer ausfallen, da das Ausweichen auf alternative Transportträger kaum oder nur zu sehr hohen Kosten möglich ist. Hierauf deuten nicht zuletzt die im dritten Quartal sprunghaft gestiegenen Frachtraten bei der Binnenschifffahrt hin (Marktbeobachtung Europäische Binnenschifffahrt 2018). Auch hat die Dauer einer Niedrigwasserphase wohl Einfluss auf die gesamtwirtschaftlichen Effekte, da wenige Tage mit Niedrigwasser eher noch über Lagerschwankungen aufgefangen werden können.

Alles in allem deuten die Schätzungen darauf hin, dass die konjunkturelle Dynamik im zweiten Halbjahr durch das Niedrigwasser etwas gebremst worden ist. Sobald sich die Behinderungen seitens des Niedrigwassers zurückbilden, dürfte es wieder zu einem entsprechenden Anstieg der Produktion

kommen. Zwar hat sich die Lage Anfang Dezember durch stärkere Niederschläge bereits wieder etwas entspannt. Diese heben die Pegel indes nur kurzfristig an. Sollten in den kommenden Monaten abermals nur geringe Niederschlagsmengen zu verzeichnen sein, können die transportbedingten Produktionsbehinderungen rasch wiederkehren.

Tabelle K1-2:

Einfluss des Niedrigwassers auf die per Binnenschifffahrt beförderten Mengen und die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe

	Δ Beförderungsmenge		Δ Produktion Prod. Gewerbe	
	1993–2018		1991–2018	
Δ Tage Niedrigwasser	-0.760***	(0.083)	-0.039**	(0.016)
Δ Tage Niedrigwasser (t-1)	-0.201**	(0.100)	-0.032*	(0.017)
Konstante	0.087	(0.326)	-0.161**	(0.068)
Δ Welthandel	0.220***	(0.048)	-	-
Δ Welthandel (t-1)	0.088*	(0.050)	-	-
Δ Beförderungsmenge (t-1)	-0.416***	(0.053)	-	-
Δ Weltindustrieproduktion	-	-	1.169***	(0.118)
Δ Weltindustrieproduktion (t-1)	-	-	0.561***	(0.134)
Δ Produktion Prod. Gewerbe (t-1)	-	-	-0.359***	(0.051)
Beobachtungen	306		331	
Adj. R ²	0.36		0.34	
DW-Stat.	2.24		2.16	

Standardfehler in Klammern. ***/**/* : Effekte sind auf dem 1%/5%/10%-Niveau signifikant.

^aAusweislich des Andrew-Ploberger-Tests weisen die geschätzten Zusammenhänge keine Strukturbrüche auf. Die Ergebnisse sind robust, wenn zusätzliche Verzögerungen aufgenommen werden, wenn zur Schätzung Modellselektionsverfahren angewandt werden, die Angaben zum Niedrigwasser im Niveau anstatt in ersten Differenzen verwendet werden und wenn die beförderten Mengen ohne Saisonbereinigung oder in Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr herangezogen werden. — ^bEin Andrew-Ploberger-Test deutet auf einen Strukturbruch bezüglich des Zusammenhangs zwischen Produktion im Produzierenden Gewerbe und weltweiter Industrieproduktion hin. Wenn für diesen Strukturbruch kontrolliert wird, ändern sich die Ergebnisse bezüglich des Niedrigwassers nicht. Die Ergebnisse sind robust, wenn zusätzliche Verzögerungen aufgenommen werden, wenn zur Schätzung Modellselektionsverfahren verwendet werden und die Angaben zum Niedrigwasser im Niveau anstatt in ersten Differenzen berücksichtigt werden. Das R² ist für eine solche Schätzung mit monatlichen Veränderungsraten der Produktion sogar relativ hoch, für den geschätzten Effekt des Niedrigwassers aber ohnehin nicht maßgeblich. Entscheidend ist die Signifikanz der entsprechenden Koeffizienten.

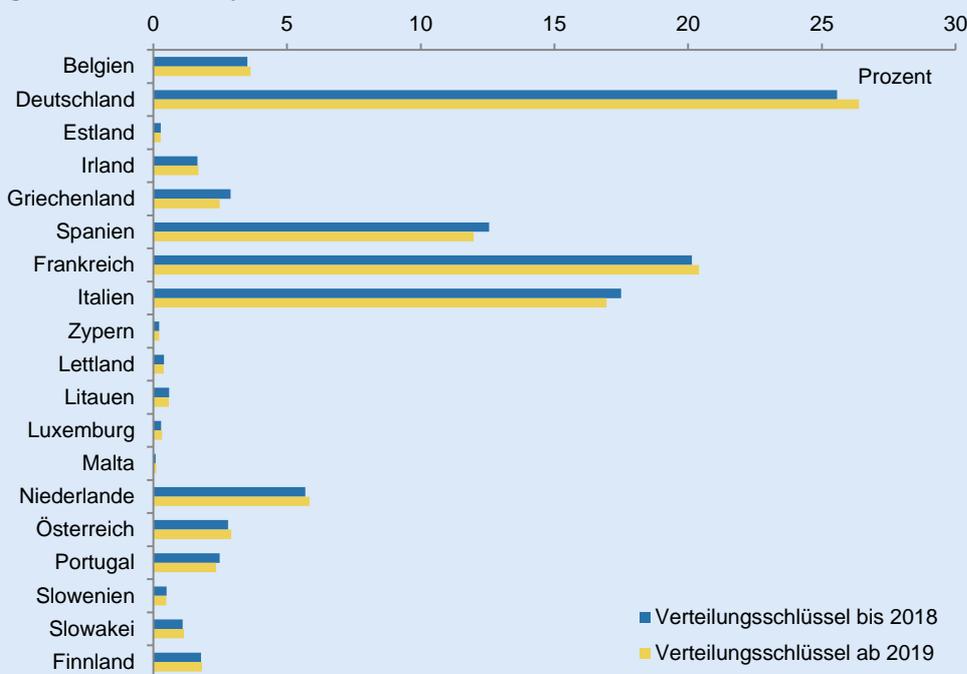
Kasten 2:

Anpassung des EZB-Kapitalschlüssels vorerst mit geringen geldpolitischen Konsequenzen

Alle fünf Jahre werden turnusmäßig die Anteile der einzelnen nationalen Zentralbanken am EZB-Kapital aktualisiert. Dieser Kapitalschlüssel basiert je zur Hälfte auf der Bevölkerungszahl und dem Bruttoinlandsprodukt der Mitgliedsländer. Die nächste Anpassung wird am 1. Januar 2019 in Kraft treten. Da sich die einzelnen Länder teils deutlich unterschiedlich entwickelten, kommt es zu einigen merklichen Verschiebungen. So steigt der Anteil Deutschlands gemessen am Kapital der am Eurosystem beteiligten Zentralbanken^a von 25,6 auf 26,4 Prozent, während der von Italien um 0,5 Prozentpunkte auf 17,0 Prozent fällt. Relativ am stärksten geht der Anteil Griechenlands zurück, der sich um etwa ein Sechstel von 2,9 auf 2,5 Prozent reduziert. Zuletzt wurde anhand des Kapitalschlüssels festgelegt, wie sich das Wertpapierkaufprogramm auf die Staatsanleihen der einzelnen Länder verteilt. Allerdings werden die Nettokäufe aller Voraussicht nach mit Ablauf des Jahres 2018 eingestellt; ab dem kommenden Jahr sollen nur noch die Rückflüsse aus fällig werdenden Anleihen reinvestiert werden. Selbst in dem Fall, dass die Wiederanlage nach dem neuen Schlüssel erfolgt, würde es also geraume Zeit dauern, bis sich die neue Kapitalverteilung im Wertpapierportfolio des Eurosystems widerspiegelt. Nicht zuletzt deshalb dürfte der Effekt der Neuberechnung auf das monetäre Umfeld auf absehbare Zeit gering bleiben.

Abbildung K2-1

Verteilungsschlüssel im Eurosystem



Anteile der nationalen Zentralbanken am EZB-Kapital, das auf die im Euroraum befindlichen Länder entfällt.

Quelle: EZB.

^aAuch die Zentralbanken von Mitgliedsländern der Europäischen Union, die nicht dem Euroraum angehören, verfügen über Kapitalanteile an der Europäischen Zentralbank. Diese sind geldpolitisch aber nicht relevant.

Kasten 3:
Zur Zeitarbeit als Frühindikator am aktuellen Rand

Die Zahl der Zeitarbeiter ist seit einem Jahr stark rückläufig. Zwar gilt diese Beschäftigungsform als Frühindikator für die konjunkturelle Lage am Arbeitsmarkt, es deutet derzeit allerdings einiges darauf hin, dass der plötzliche Rückgang der Zeitarbeit zu einem großen Teil auf die gesetzlichen Änderungen aus dem Jahr 2017 zurückzuführen ist.

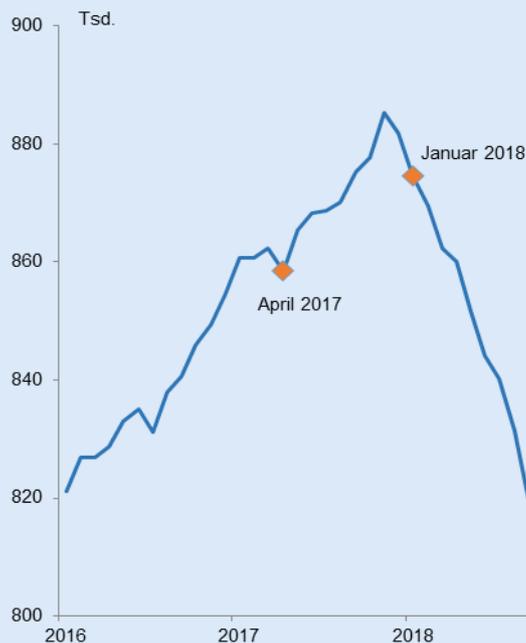
Nachdem die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Arbeitnehmerüberlassung (Zeitarbeiter) von 2013 bis 2017 aufwärtsgerichtet war, erreichte sie mit 885 000 Personen im November 2017 ihr vorerst höchstes Niveau. Danach setzte abrupt ein ausgeprägter Rückgang ein, der sich im August und September (jüngere Zahlen liegen noch nicht vor) sogar beschleunigte (Abbildung K3-1).

Die Zeitarbeit gilt als Frühindikator für die allgemeine Situation am Arbeitsmarkt. Bauen die Unternehmen aufgrund einer verringerten Nachfrage und Produktion Arbeitsplätze ab, fallen typischerweise die Arbeitsplätze von Zeitarbeitern zuerst weg, bevor die Stammebelegschaft reduziert wird. In der Tat konnte in der Vergangenheit ein solcher Vorlauf der Zeitarbeit vor der übrigen Beschäftigung beobachtet werden (Abbildung K3-2). Nachdem die Zeitarbeit nach der weitreichenden Liberalisierung dieser Beschäftigungsform durch die Hartz-Reformen stark zugenommen hatte, schwächte sich ihr Anstieg im Jahr 2007 merklich ab und sank im Jahr 2008, deutlich bevor bei der übrigen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung der Abschwung in Folge der Großen Rezession einsetzte. Auch die Verlangsamung des Beschäftigungsaufbaus in Folge der konjunkturellen Delle um die Jahreswende 2012/2013 und die darauf folgende Beschleunigung wurden von der Zeitarbeit frühzeitig angezeigt. Würde man ähnliche Vorlaufzeiten auch dem Rückgang der Zeitarbeit seit einem Jahr zugrunde legen, wäre am aktuellen Rand (d.h. Ende 2018) der Beginn einer spürbaren Verschlechterung am Arbeitsmarkt zu erwarten.

Allerdings deuten derzeit keine weiteren Frühindikatoren für den Arbeitsmarkt auf eine solch markante Abschwächung hin. Die Zahl der offenen Stellen, das Ifo Beschäftigungsbarometer sowie das IAB-Arbeitsmarktbarometer haben sich auf hohen Niveaus weder wesentlich verbessert noch verschlechtert. Zudem bewegen sich die Inanspruchnahme von konjunktureller Kurzarbeit und der Zugang von nichtarbeitslosen Arbeitssuchenden weiterhin auf sehr niedrigen Niveaus. Der Rückgang der Zeitarbeit dürfte vielmehr zu einem großen Teil auf die Reform des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes aus dem Jahr 2017 zurückzuführen sein. Zu den wichtigsten Neuerungen gehören die Wiedereinführung einer Höchstüberlassungsdauer von nun 18 Monaten sowie die zeitliche Begrenzung einer Abweichung vom Gleichstellungsgrundsatz („Equal Pay“). Vom Gleichstellungsgrundsatz konnte bislang durch Tarifvertrag auf unbegrenzte Zeit abgewichen werden. Nun muss ein Zeitarbeiter nach 9 Monaten im selben Kundenunternehmen (bzw. nach 15 Monaten im Falle eines Branchen-Zuschlagstarifvertrags) den gleichen Lohn wie das Stammpersonal erhalten.

Diese Reform trat zwar bereits am 1. April 2017 in Kraft. Es wurde jedoch eine Übergangsfrist für bereits bestehende Zeitarbeitsverträge eingeräumt, wonach sowohl die 18-Monatsfrist der Höchstüberlassungsdauer als auch die 9-Monatsfrist der „Equal Pay“-Vorschrift erst ab dem 1. April 2017 begannen, unabhängig davon, wie lange eine Arbeitnehmerüberlassung bis dahin bereits Bestand hatte. Ein Verstoß gegen die Höchstüberlassungsdauer war demnach zum ersten Mal erst im Oktober 2018 möglich. Der plötzliche Rückgang der Zeitarbeit seit Ende 2017 kann damit zwar nicht erklärt werden, jedoch

Abbildung K3-1:
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Arbeitnehmerüberlassung 2016–2018

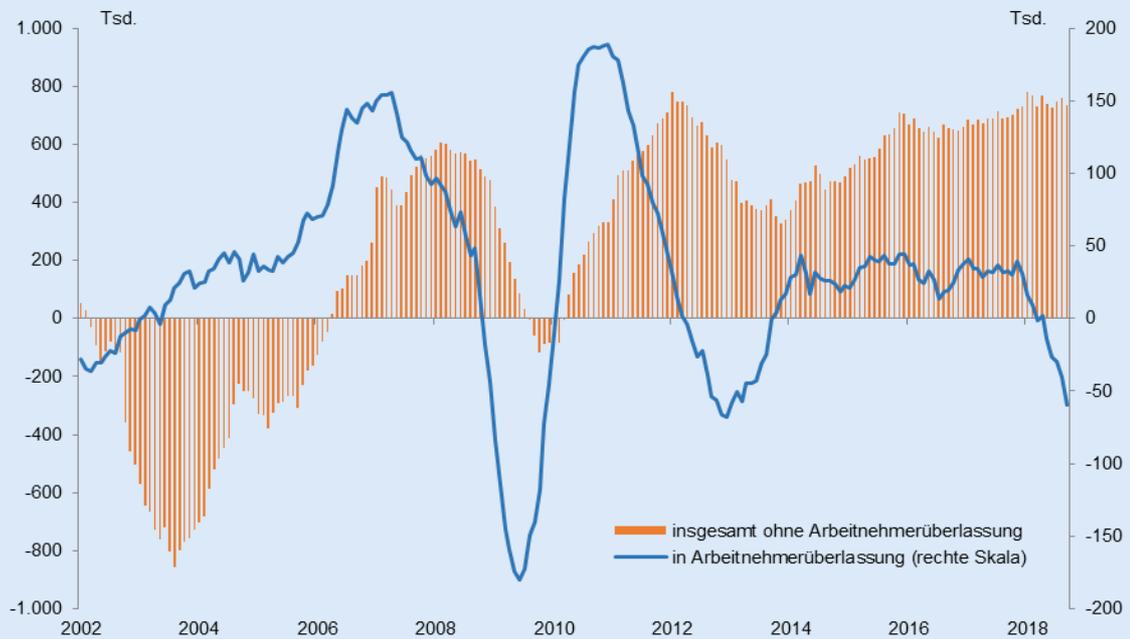


Monatsdaten; saisonbereinigt. April 2017: Reform des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes tritt zum 1. April 2017 in Kraft. Januar 2018: Verstöße gegen die 9-Monatsfrist der „Equal Pay“-Vorschrift sind erstmals möglich.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Saisonbereinigte Zeitreihen*.

könnte die Beschleunigung des Rückgangs am aktuellen Rand hiervon maßgeblich beeinflusst sein. Ein Verstoß gegen die „Equal Pay“-Vorschrift war hingegen zum ersten Mal im Januar 2018 möglich. Dies fällt mit dem Beginn des plötzlichen Rückgangs der Zahl der Zeitarbeiter zusammen. Hierfür sprechen auch die Übergänge von der Zeitarbeit in die registrierte Arbeitslosigkeit. Während diese nach 2012 Jahr für Jahr gesunken waren, stagnierten sie im ersten Halbjahr 2018 nur noch und nehmen seitdem zu, mit den größten Zuwächsen im Oktober und November.^a

Abbildung K3-2:
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2002–2018



Monatsdaten; Veränderung gegenüber Vorjahresmonat.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Saisonbereinigte Zeitreihen (Anhang: Ursprungswerte)*; eigene Berechnungen.

Alles in allem werten wir den starken Rückgang der Zeitarbeit seit einem Jahr daher in erster Linie als Reaktion der Unternehmen auf die jüngste Reform des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und nicht als Zeichen für eine unmittelbar bevorstehende, markante Verschlechterung der Lage am Arbeitsmarkt. Unserer Prognose zu Folge bleibt das Tempo des Beschäftigungsaufbaus noch bis Mitte nächsten Jahres im Großen und Ganzen stabil, erst danach erwarten wir eine Verlangsamung (s. Haupttext, S. 10). Insofern dürfte allerdings ein – wenngleich noch überschaubarer – Teil der rückläufigen Zeitarbeit bereits am aktuellen Rand auf konjunkturelle Gründe zurückzuführen sein, und diese konjunkturellen Gründe dürften gegenüber den reformbedingten Gründen weiter an Bedeutung gewinnen.

^aDer Anteil der Zeitarbeiter, die nach 9 bzw. 18 Monaten noch beim gleichen Zeitarbeitsunternehmen beschäftigt sind, liegt bei schätzungsweise 25 bzw. 12 Prozent (Haller und Jahn 2014). Der Rückgang der Zahl der Zeitarbeiter liegt aktuell mit gut 6 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat (Septemberwert) noch deutlich darunter.

Kasten 4:
Zur Prognose der öffentlichen Konsumausgaben

Im laufenden Jahr hat der Zuwachs des öffentlichen Konsums mit 2,8 Prozent negativ überrascht. Prognosen für diese Größe wurden im Laufe des Jahres wiederholt abwärts revidiert. Maßgeblich waren hier die Effekte der vorläufigen Haushaltsführung des Bundes, aber auch die sehr verhaltene Ausgabenentwicklung auf kommunaler Ebene im ersten Quartal des Jahres, die auf einen Rückgang fluchtbezogener Ausgaben zurückzuführen sein dürfte. Für den weiteren Prognoseverlauf gehen wir aber davon aus, dass es wieder zu kräftigen Zuwachsraten kommen wird, zum einen weil vermehrt Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt werden, und zum anderen weil die Erfahrung zeigt, dass Budgetüberschüsse der Vorjahre zu steigenden Ausgaben im Bereich des öffentlichen Konsums führen.

Dieser Zusammenhang lässt sich anhand einer linearen Regression messen. Die Veränderungsrate der öffentlichen Konsumausgaben Δy_t werden im Rahmen eines einfachen linearen Modells auf den modifizierten Budgetsaldo x_t des Vorjahres und des Vorvorjahres regressiert. Der modifizierte gesamtstaatliche Budgetsaldo enthält dabei nur die Budgetsalde von Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen und wird in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gemessen. Der Bund bleibt hier außen vor, da der Budgetsaldo des Bundes in den vergangenen Jahren wegen zeitlich begrenzter Konjunkturmaßnahmen, Zahlungen im Zuge von Bankenrettungen und Einnahmen aus der Versteigerung von Funklizenzen großen vorübergehenden Schwankungen unterworfen war, die vermutlich für sich genommen nicht den gleichen Einfluss auf die Haushaltsplanung haben wie andere Budgetbestandteile. Ferner ist davon auszugehen, dass wesentliche Teile des Budgets des Bundes mit denen der Länder und Kommunen korrelieren.

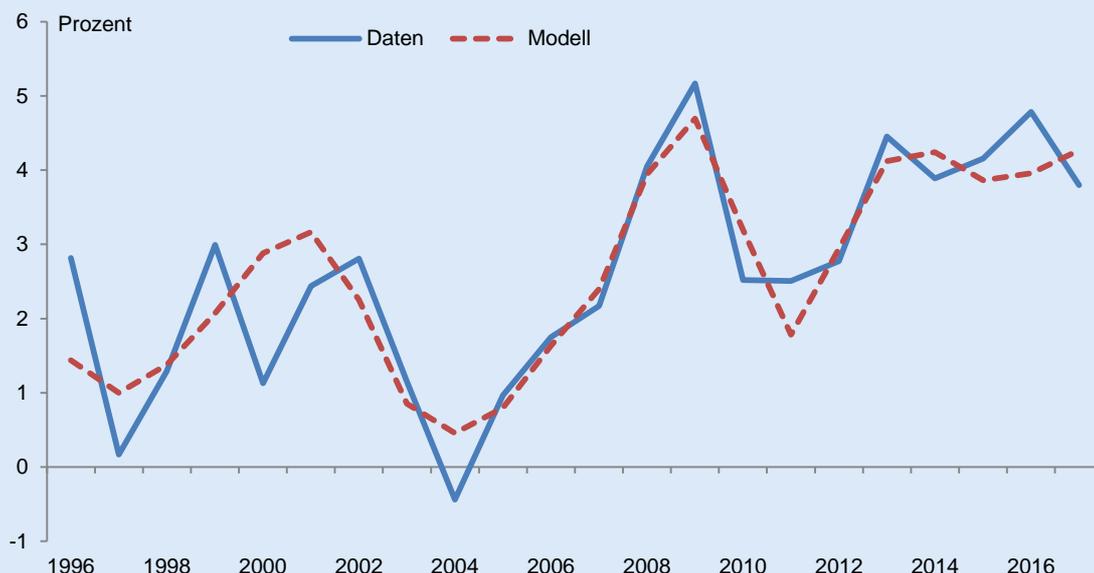
Das geschätzte Modell hat die Form:

$$\Delta y_t = 3,7 + 0,56x_{t-1} + 0,86x_{t-2} + e_t, \quad e_t \sim (0; 0,75)$$

$$R^2 = 0,77; \quad DW = 2,45$$

Ein Vergleich mit Modellen, die einen Tarifindex, Informationen zur Altersstruktur der gesetzlich Krankenversicherten oder eine verzögerte Abhängige enthalten, weist das vorliegende Modell als überlegen aus Sicht gängiger Informationskriterien aus (Tabelle K4-1). Die Residuen sind kaum autokorreliert und die Anpassungsgüte ist relativ hoch (Abbildung K4-1).

Abbildung K4-1:
Öffentlicher Konsum 1996–2017



Jahresdaten; Veränderung gegenüber Vorjahr; in jeweiligen Preisen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Arbeitsunterlagen* und *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen.

Ausweislich der geschätzten Modellkoeffizienten steigt der öffentliche Konsum in den folgenden zwei Jahren um etwa 1,4 Prozent zusätzlich, wenn sich der Budgetsaldo um 1 Prozentpunkt in Relation zum Bruttoinlandsprodukt verbessert. Da der öffentliche Konsum ein Gewicht von knapp 20 Prozent am Bruttoinlandsprodukt hat, übersetzt sich somit ein Viertel der Veränderung des Budgetsaldos in eine Veränderung des Anstiegs des öffentlichen Konsums in den Folgejahren. Rund ein Viertel der höheren Überschüsse werden also in einen höheren Anstieg der Konsumausgaben umgemünzt.

Tabelle K4-1:
Modellvergleich anhand von Informationskriterien

	AIC	BIC
Basis	2.40	2.55
Basis plus zwei	2.43	2.68
Basis plus endog	2.49	2.68
Zwei plus endog	2.90	3.10

Basis: Modell wie im Text beschrieben. Zwei: gewichtetes Alter der GKV-Mitglieder und Tarifindex als Regressoren. Endog: verzögerte endogene Variable.

Quelle: Eigene Berechnungen.

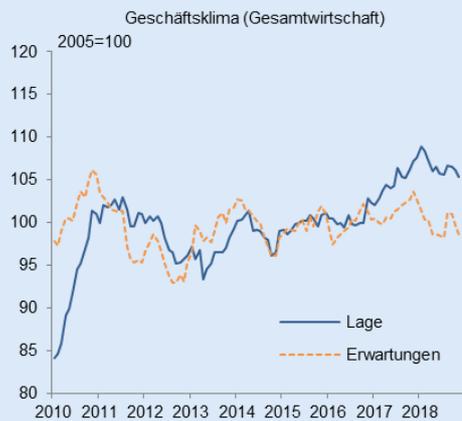
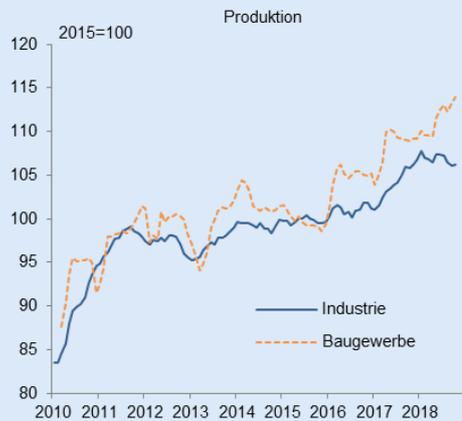
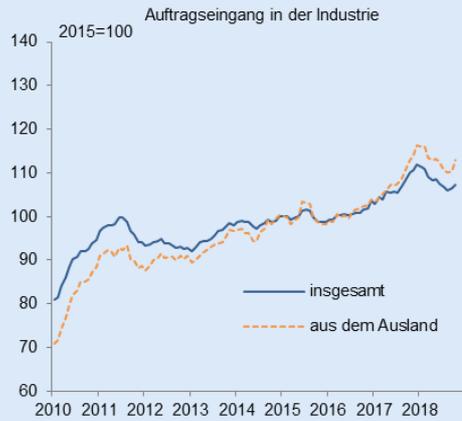
Datenanhang

INHALT

1. Konjunkturindikatoren.....	25
2. Monetäre Rahmenbedingungen und Preisentwicklung.....	26
3. Außenwirtschaft.....	28
4. Inländische Verwendung.....	30
5. Wirtschaftsbereiche.....	32
6. Löhne.....	33
7. Beschäftigung.....	34
8. Öffentliche Finanzen.....	35
9. Bruttoinlandsprodukt, Komponenten und Prognoseunsicherheit.....	37
10. Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2017–2020.....	38
11. Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.....	39
12. Hauptaggregate der Sektoren (Mrd. EUR).....	42

1. Konjunkturindikatoren

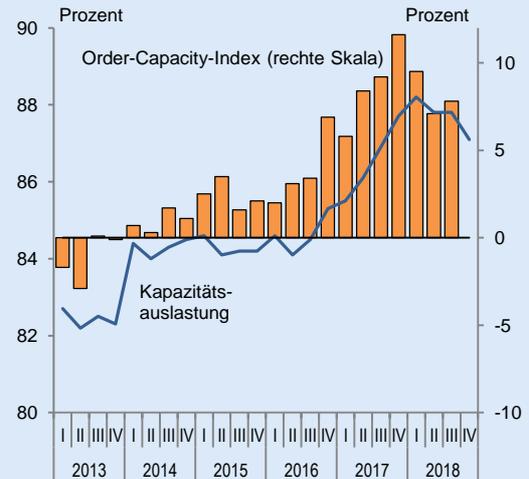
Abbildung 1.1:
Konjunkturindikatoren 2010–2018



Monatsdaten, saisonbereinigt. Auftragseingang und Produktion als gleitender Dreimonatsdurchschnitt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; ifo, *Konjunkturperspektiven*; eigene Berechnungen.

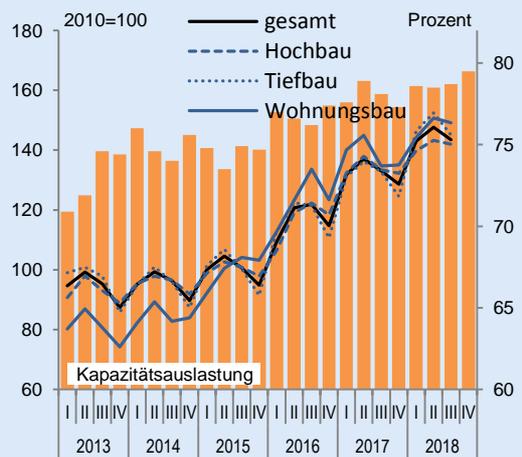
Abbildung 1.2:
Kapazitätsauslastung 2013–2018



Quartalsdaten, saisonbereinigt; Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe (Achse schneidet bei Normalauslastung).

Quelle: ifo Institut, *Konjunkturtest*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*.

Abbildung 1.3:
Auftragslage und Kapazitätsauslastung im Bauhauptgewerbe 2012–2018

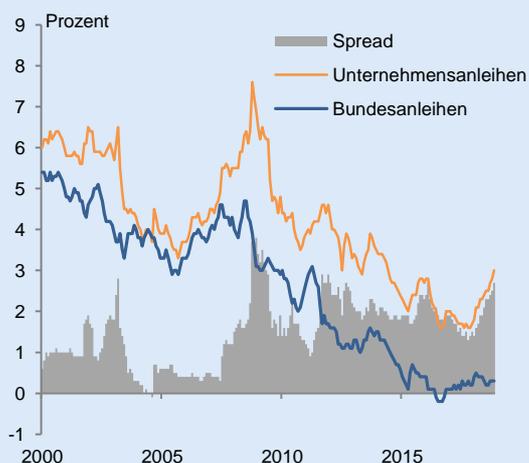


Quartalsdaten. Kapazitätsauslastung: saisonbereinigt, rechte Skala (letzte Beobachtung: 2-Monats-Durchschnitt); Auftragsbestände: preisbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *GENESIS-Datenbank*; ifo, *Konjunkturperspektiven*; eigene Berechnungen.

2. Monetäre Rahmenbedingungen und Preisentwicklung

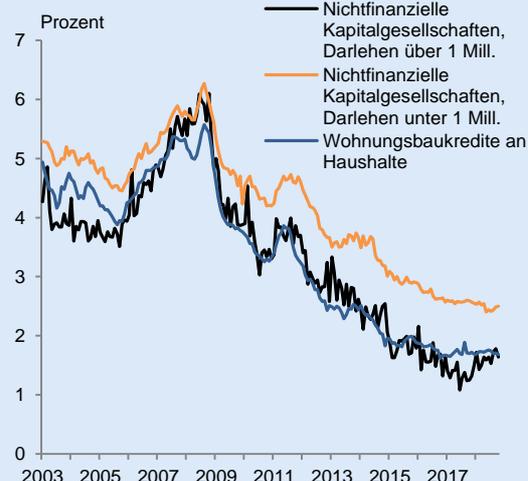
Abbildung 2.1:
Kapitalmarktzinsen 2000–2018



Monatsdaten, Renditen; mittlere Restlaufzeiten von über drei Jahren.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; eigene Berechnungen.

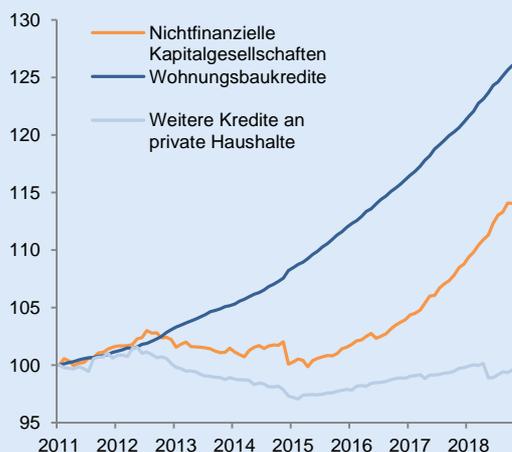
Abbildung 2.2:
Darlehenszinsen 2003–2018



Monatsdaten; bei Neugeschäften, Laufzeit 1–5 Jahre, ohne Überziehungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, MFI-Zinsstatistik.

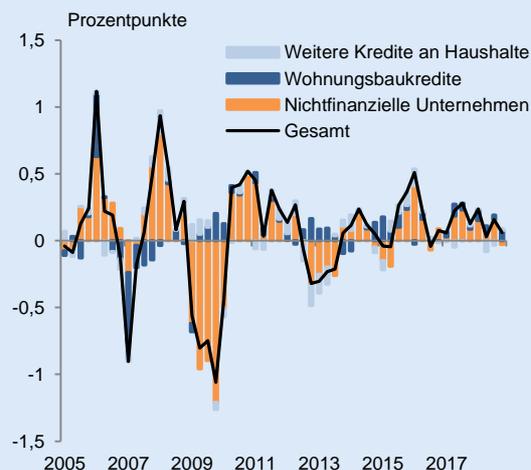
Abbildung 2.3:
Kreditsumme 2011–2018



Index: Jan 2011=100; Monatsdaten.

Quelle: Deutsche Bundesbank: Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen.

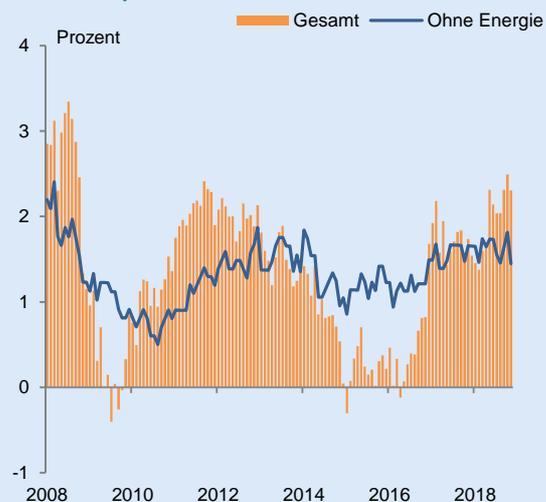
Abbildung 2.4:
Kreditimpuls 2005–2018



Quartalsdaten, aktuelles Quartal auf Basis des ersten Monats; Berechnung folgt Biggs et al. (2009). Der Kreditimpuls ist die Veränderung der Kreditexpansion relativ zur Expansion des Bruttoinlandsproduktes.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; eigene Berechnungen.

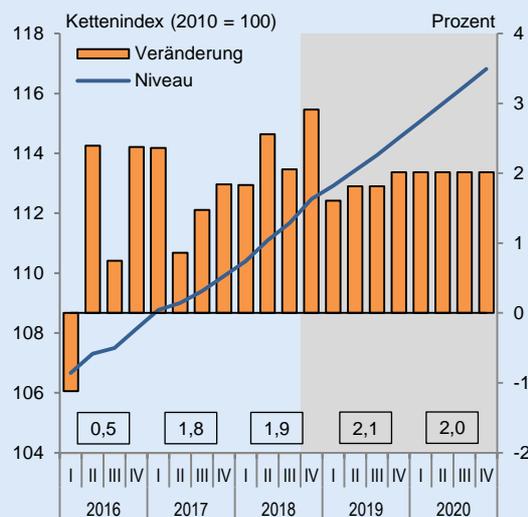
Abbildung 2.5:
Verbraucherpreise 2008–2018



Monatsdaten, Veränderung gegenüber Vorjahresmonat.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Zeitreihen-Datenbanken*; eigene Berechnungen.

Abbildung 2.6:
Verbraucherpreise 2016–2020



Quartalsdaten: kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate (rechte Skala). Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 17, Reihe 7*; Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Tabelle 2.1:
Rahmendaten für die Konjunktur 2017–2020

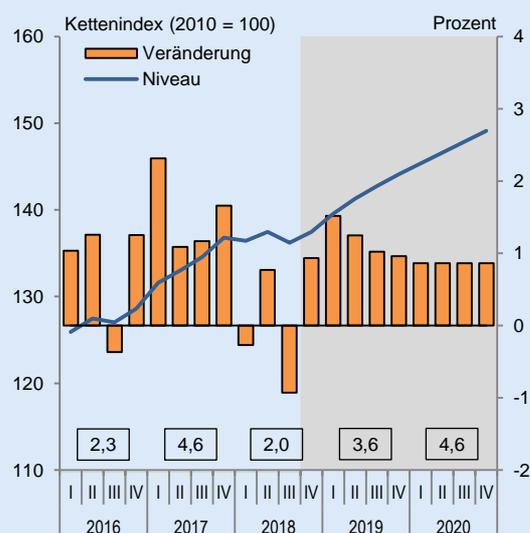
	2017				2018				2019				2020			
	I	II	III	IV												
Leitzins der EZB	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,25	0,25	0,25	0,5	0,5
Langfristige Zinsen	0,3	0,3	0,4	0,4	0,6	0,5	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,6	0,6	0,7	0,7
US-Dollar/Euro	1,07	1,10	1,18	1,18	1,23	1,19	1,16	1,14	1,14	1,14	1,14	1,14	1,14	1,14	1,14	1,14
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	86,3	86,9	89,0	89,1	89,5	89,5	90,3	90,0	89,8	89,6	89,5	89,4	89,4	89,4	89,5	89,5
Exportmärkte	0,83	0,87	0,77	0,78	0,68	0,73	0,69	0,63	0,59	0,58	0,57	0,56	0,55	0,55	0,55	0,56
Rohölpreis	53,6	49,6	52,1	61,4	66,9	74,5	75,1	69,8	61,2	61,5	61,8	62,1	62,4	62,7	63	63,4

Leitzins der EZB: Hauptrefinanzierungssatz; langfristige Zinsen: Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen; preisliche Wettbewerbsfähigkeit: gegenüber 56 Ländern auf Basis von Verbraucherpreisen, Index: 1991 I = 100, steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit; Exportmärkte: Bruttoinlandsprodukt in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorquartal, Jahresrate. Rohölpreis: US-Dollar je Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB, *Monatsbericht*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; IMF, *International Financial Statistics*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

3. Außenwirtschaft

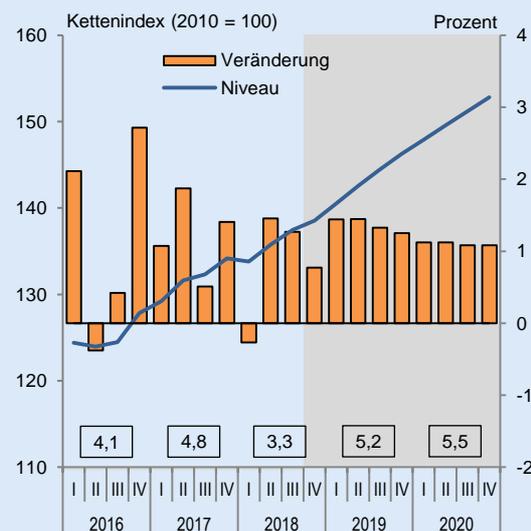
Abbildung 3.1:
Exporte 2016–2020



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten, preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

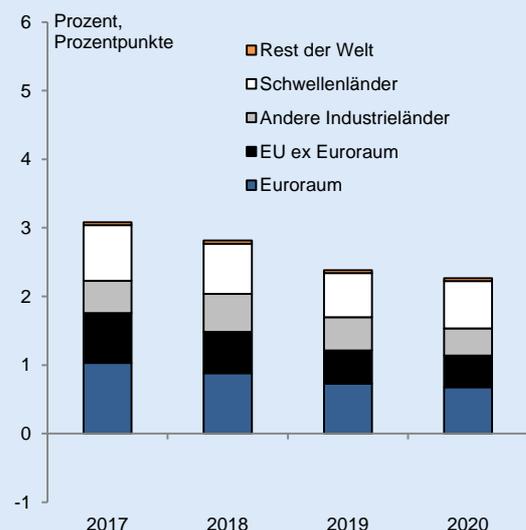
Abbildung 3.2:
Importe 2016–2020



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

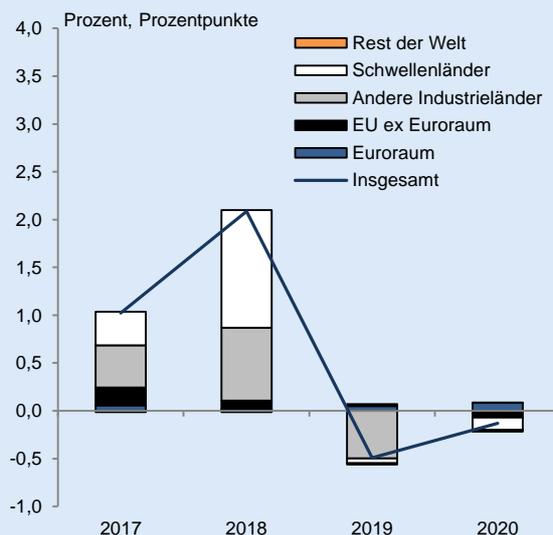
Abbildung 3.3:
Deutsche Exportmärkte 2017–2020



Jahresdaten, preisbereinigt. Bruttoinlandsprodukt in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 7, Reihe 1*; nationale Quellen; eigene Berechnungen; 2017–2019: Prognose des IfW.

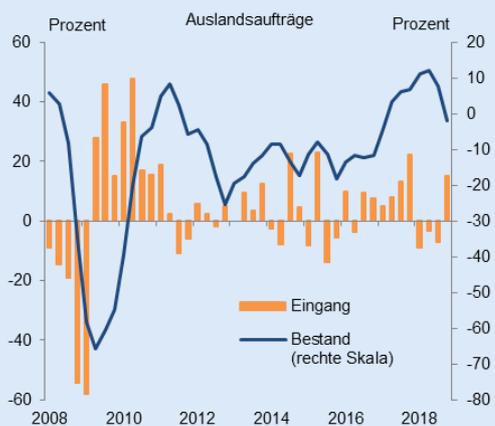
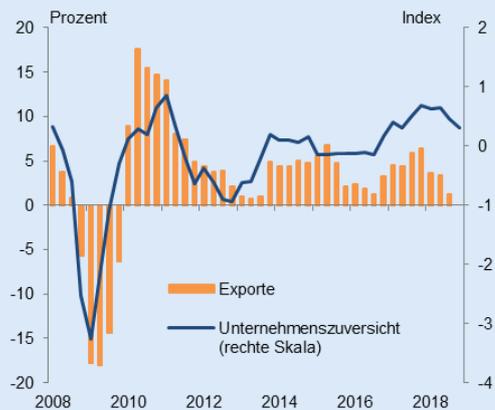
Abbildung 3.4:
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit 2017–2020



Jahresdaten, auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 51 Ländern; Gewichte gemäß dem Indikator der Deutschen Bundesbank für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber 56 Handelspartnerländern auf Basis der Verbraucherpreise; Veränderung gegenüber Vorjahr; Anstieg bedeutet Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht 8.2017*; nationale Quellen; eigene Berechnungen; 2018–2020: Prognose des IfW.

Abbildung 3.5:
Exportindikatoren 2008–2018



Quartalsdaten; Exporte, Industrieproduktion: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Auftragseingang: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal; Auftragsbestand: Nettoanteil der Unternehmen, die über außerordentlich hohe Auftragsbestände berichten; Unternehmenszuversicht, Industrieproduktion: in 42 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Unternehmenszuversicht, Exporterwartungen, Auftragsbestand (Auftragseingang): Wert für aktuelles Quartal entspricht dem Durchschnitt der ersten beiden Monatswerte (entspricht dem ersten Monatswert) des jeweiligen Quartals.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Thomson Financial Datastream; ifo, *Konjunkturperspektiven*; eigene Berechnungen.

Abbildung 3.6:
Unsicherheit in den deutschen Abnehmerländern 2000–2018

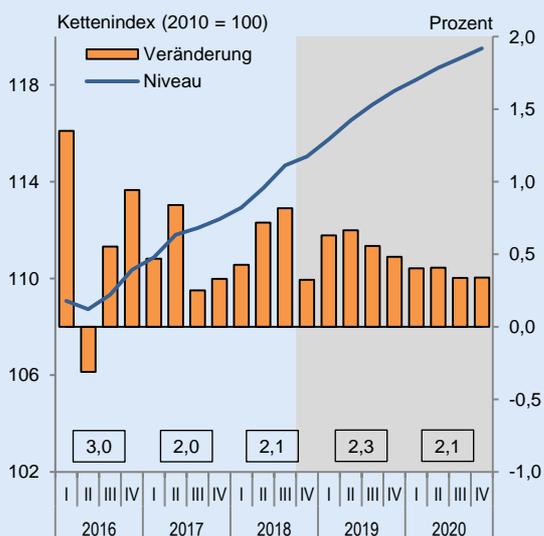


Quartalsdaten; Unsicherheit auf Basis von Aktienkursvolatilitäten in 46 Abnehmerländern gewichtet mit Anteilen an den deutschen Ausfuhren.

Quelle: Nationale Quellen; eigene Berechnungen.

4. Inländische Verwendung

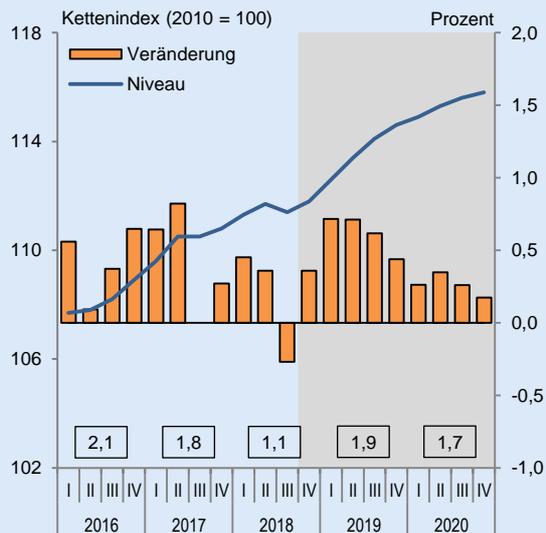
Abbildung 4.1:
Letzte Inländische Verwendung 2016–2020



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

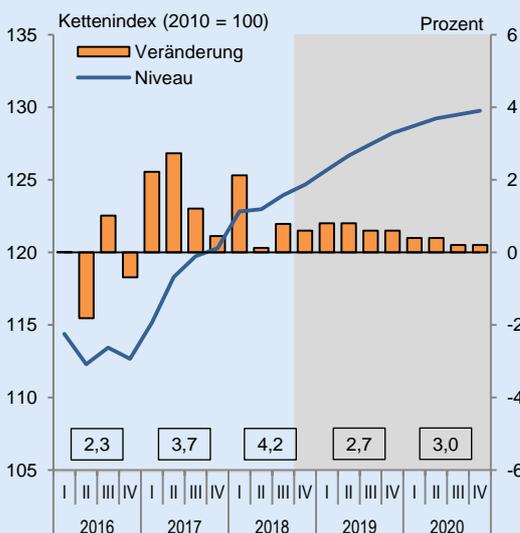
Abbildung 4.2:
Private Konsumausgaben 2016–2020



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

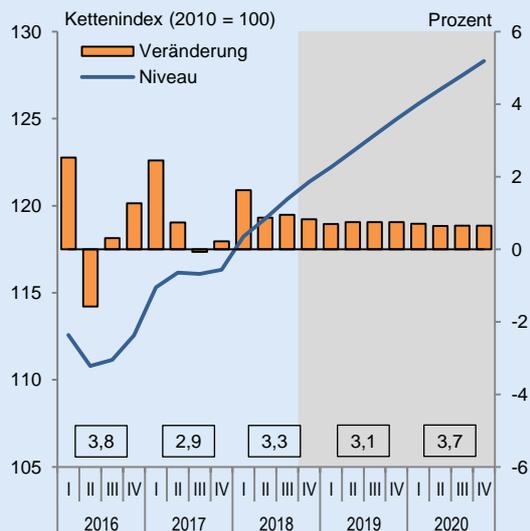
Abbildung 4.3:
Ausrüstungsinvestitionen 2016–2020



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

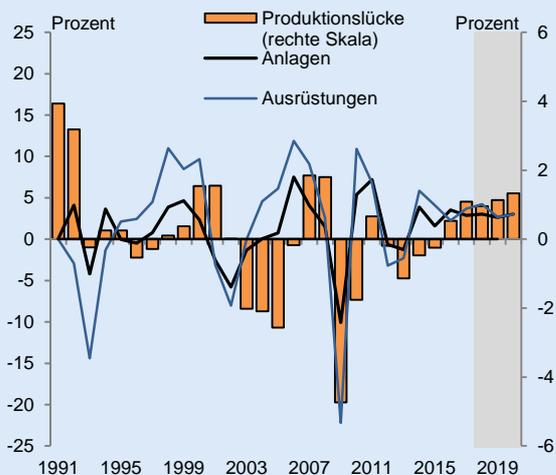
Abbildung 4.4:
Bauinvestitionen 2016–2020



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

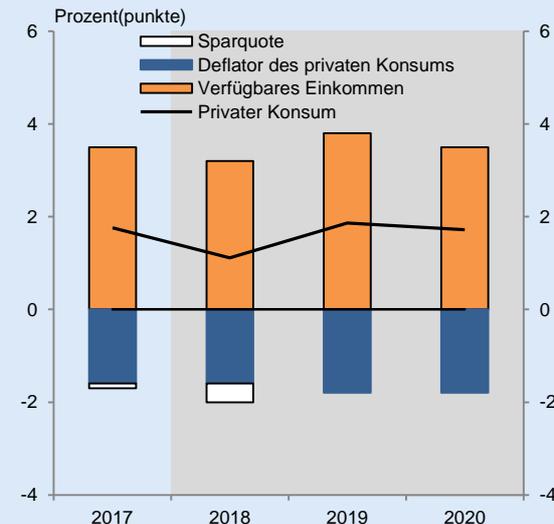
Abbildung 4.5:
Investitionszyklen 1991–2020



Jahresdaten; Anlagen, Ausrüstungen: preisbereinigt, Veränderung gegenüber Vorjahr; Produktionslücke: Approximativ berechnet aus aktueller BIP-Prognose und der Potenzialschätzung vom Herbst 2018.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

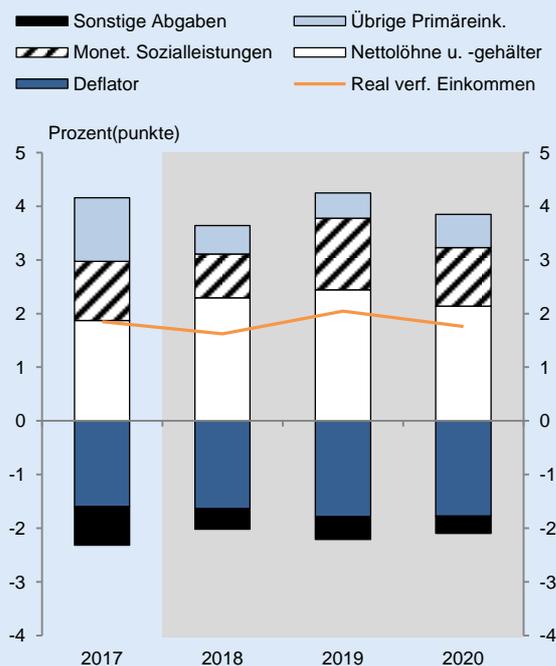
Abbildung 4.6:
Beiträge zur Veränderung des privaten Konsums 2017–2020



Jahresdaten; verfügbares Einkommen einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche, Privater Konsum: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 4.7:
Beiträge zur Veränderung des real verfügbaren Einkommens 2016–2020



Jahresdaten, Expansionsbeiträge (real verfügbare Einkommen: Veränderung gegenüber dem Vorjahr, rechte Skala); sonstige Abgaben: Abgaben auf soz. Leistungen, verbrauchsnahe Steuern und sonst. Transfers; Deflator: private Konsumausgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Tabelle 4.1:
Anlageinvestitionen 2017–2020

	2017	2018	2019	2020
Anlageinvestitionen	2,9	3,0	2,7	3,0
Unternehmensinvestitionen	2,9	2,3	1,9	2,3
Ausrüstungen	3,7	4,2	2,7	3,0
Wirtschaftsbau	3,1	0,4	0,8	1,9
Sonstige Anlagen	1,3	0,4	1,3	1,2
Wohnungsbau	3,0	4,3	4,0	4,1
Öffentlicher Bau	2,4	4,8	3,8	5,4
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauinvestitionen	2,9	3,3	3,1	3,7

Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

5. Wirtschaftsbereiche

Tabelle 5.1:
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen 2018–2019

	2018			2019		
	II	III	IV	I	II	III
	<i>Saison- und kalenderbereinigte Werte: Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent</i>					
Bruttoinlandsprodukt	0,5	-0,2	0,4	0,7	0,6	0,5
Bruttowertschöpfung	0,3	-0,2	0,4	0,7	0,6	0,5
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	0,2	-0,6	0,2	0,9	0,8	0,5
Verarbeitendes Gewerbe	0,4	-1,0	0,2	0,9	0,8	0,5
Baugewerbe	1,4	1,2	1,1	0,8	0,8	0,8
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	0,2	-0,5	0,6	1,0	0,9	0,7
Information und Kommunikation	0,3	0,8	0,5	0,7	0,6	0,4
Finanz- und Versicherungsdienstleister	0,5	0,3	0,0	0,0	0,0	0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	-0,3	0,2	0,6	0,5	0,4	0,4
Unternehmensdienstleister	0,8	-0,5	0,4	0,8	0,6	0,5
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	0,1	0,2	0,4	0,3	0,4	0,4
Sonstige Dienstleister	0,6	-0,1	0,1	0,2	0,2	0,1

Quartalsdaten, preisbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

6. Löhne

Abbildung 6.1:
Reale Lohnstückkosten 1991–2020



Jahresdaten; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde (nominal) in Relation zur Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde (nominal).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Tabelle 6.1:
Löhne und Produktivität 2017–2020

	2017	2018	2019	2020
<i>Stundenkonzept</i>				
Tariflöhne	2,2	2,8	2,6	2,9
Effektivlöhne	2,4	2,8	3,1	2,9
Lohn drift	0,3	0,0	0,4	0,0
Lohnkosten	2,5	2,5	3,1	2,8
Arbeitsproduktivität	0,9	0,1	0,6	0,7
Lohnstückkosten	1,6	2,5	2,4	2,1
Lohnstückkosten (real)	0,1	0,6	0,3	-0,2
<i>Personenkonzept</i>				
Tariflöhne	2,1	2,9	2,6	2,9
Effektivlöhne	2,5	3,2	3,2	3,4
Lohn drift	0,4	0,3	0,5	0,5
Lohnkosten	2,6	3,0	3,2	3,3
Arbeitsproduktivität	0,7	0,2	0,7	1,1
Lohnstückkosten	1,8	2,8	2,5	2,2
Lohnstückkosten (real)	0,3	1,0	0,3	0,0

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Effektivlöhne: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Lohn drift: Differenz zwischen Tariflöhnen und Effektivlöhnen in Prozentpunkten; Lohnkosten: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Arbeitsproduktivität: Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Erwerbstätigenstunde bzw. je Erwerbstätigen; Lohnstückkosten: Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität; Lohnstückkosten (real): Lohnstückkosten deflatiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Tarifverdienststatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

7. Beschäftigung

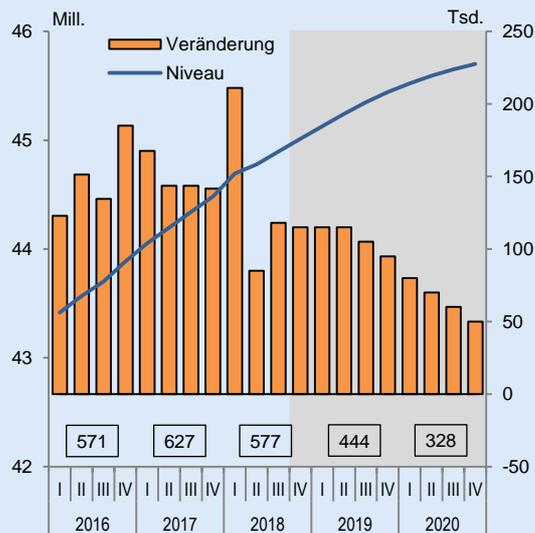
Tabelle 7.1:
Beschäftigung 2016–2020 (1 000 Personen)

	2016	2017	2018	2019	2020
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Std.)	59 476	60 222	61 089	61 722	62 422
Erwerbstätige (Inland)	43 642	44 269	44 846	45 290	45 617
Selbständige	4 334	4 294	4 229	4 187	4 160
Arbeitnehmer (Inland)	39 308	39 975	40 616	41 102	41 457
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	31 508	32 234	32 972	33 507	33 902
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 804	4 742	4 676	4 627	4 587
Pendlersaldo	92	114	125	124	124
Erwerbstätige (Inländer)	43 550	44 155	44 720	45 165	45 493
Arbeitnehmer (Inländer)	39 216	39 862	40 491	40 978	41 333
Registrierte Arbeitslose	2 691	2 533	2 339	2 197	2 114
Arbeitslosenquote (Prozent)	6,1	5,7	5,2	4,8	4,6
Erwerbslosenquote (Prozent)	3,9	3,5	3,2	2,9	2,8

Selbständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Erwerbslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1 2*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Beschäftigungsstatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

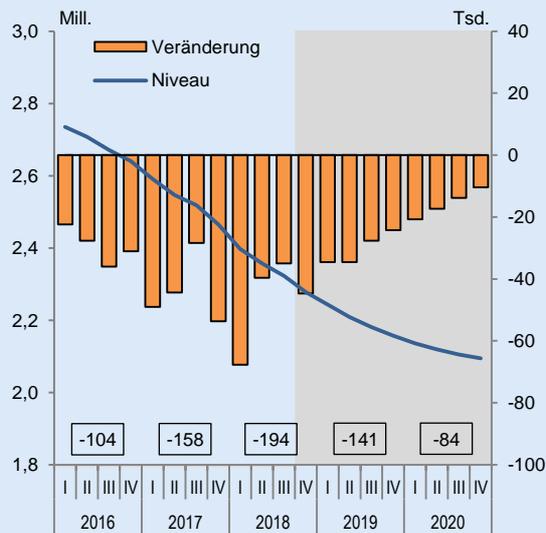
Abbildung 7.1:
Erwerbstätige 2016–2020



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 7.2:
Arbeitslose 2016–2020



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr (gerahmt).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW

8. Öffentliche Finanzen

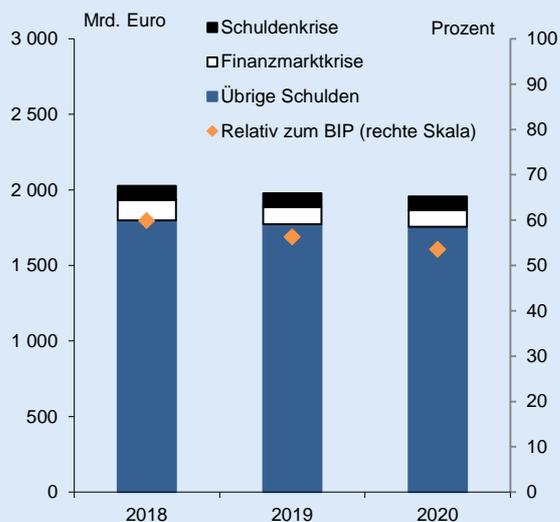
Tabelle 8.1:
Einnahmen und Ausgaben des Staates 2016–2020 (Mrd. Euro)

	2016	2017	2018	2019	2020
Einnahmen	1 415,5	1 473,8	1 543,8	1 596,8	1 653,6
➤ <i>relativ zum BIP</i>	44,8	45,0	45,6	45,4	45,2
Steuern	731,7	766,4	801,7	828,4	858,0
➤ <i>relativ zum BIP</i>	23,2	23,4	23,7	23,5	23,4
Sozialbeiträge	523,9	548,6	571,1	595,4	619,2
➤ <i>relativ zum BIP</i>	16,6	16,7	16,9	16,9	16,9
Sonstige Einnahmen	159,9	158,9	171,0	173,1	176,4
➤ <i>relativ zum BIP</i>	5,1	4,8	5,0	4,9	4,8
Ausgaben	1 386,8	1 439,8	1 485,3	1 552,0	1 618,8
➤ <i>relativ zum BIP</i>	43,9	43,9	43,8	44,1	44,2
Arbeitnehmerentgelt	237,8	246,7	255,2	264,7	274,1
Vorleistungen	150,1	156,3	162,9	170,2	177,9
Soziale Sachleistungen	268,4	278,4	286,7	300,2	314,8
Bruttoinvestitionen	68,2	72,4	79,7	86,1	93,4
Geleistete Vermögenseinkommen	37,4	33,8	31,6	30,4	30,0
Monetäre Sozialleistungen	486,8	506,1	520,8	546,0	567,5
Subventionen	28,0	28,4	27,9	28,4	29,1
Sonstige laufende Übertragungen	75,5	75,2	82,7	91,0	95,1
Vermögensübertragungen	35,6	43,9	39,2	36,2	38,4
Sonstige Ausgaben	-1,3	-1,6	-1,6	-1,6	-1,6
Finanzierungssaldo	28,7	34,0	58,5	44,8	34,8
➤ <i>relativ zum BIP</i>	0,9	1,0	1,7	1,3	0,9
Einnahmen der Gebietskörperschaften	919,8	954,2	1002,5	1032,1	1040,2
Ohne Transfers von der Sozialversicherung	918,7	953,1	1 001,4	1 031,0	1 039,1
Transfers der Sozialversicherung	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1
Ausgaben der Gebietskörperschaften	899,2	930,3	957,1	995,2	1 005,3
Ohne Transfers an die Sozialversicherung	789,0	815,1	838,2	872,4	881,4
Transfers an die Sozialversicherung	110,3	115,1	118,8	122,8	123,8
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften	20,5	23,9	45,4	36,9	35,0
Einnahmen der Sozialversicherung	607,1	635,9	661,3	688,7	695,1
Ohne Transfers von den Gebietskörperschaften	496,8	520,8	542,5	565,9	571,2
Ausgaben der Sozialversicherung	598,9	625,8	648,2	680,7	687,6
Ohne Transfers an die Gebietskörperschaften	597,8	624,7	647,1	679,6	686,5
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	8,2	10,1	13,1	8,0	7,4

Abweichungen der Summen rundungsbedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *interne Arbeitsunterlage*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

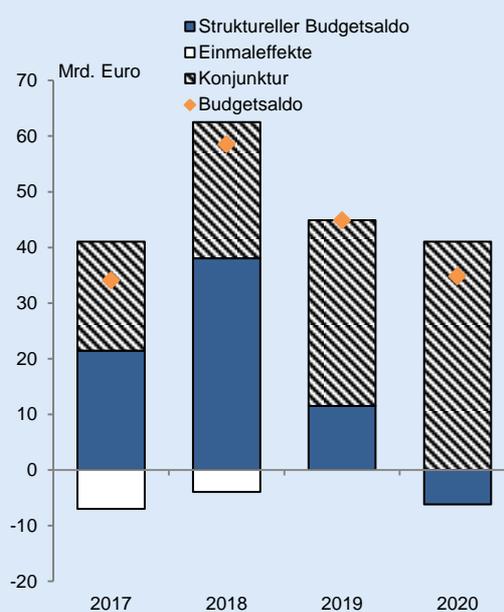
Abbildung 8.1:
Bruttoschuldenstand 2018–2020



Schuldenkrise: Verbindlichkeiten, die durch das erste Griechenlandpaket, die Einlagen im ESM und die über die EFSF abgewickelten Bürgschaften entstehen. Finanzmarktkrise: Verbindlichkeiten, die den Gebietskörperschaften durch die Bankrettung entstehen: FMS-Wertmanagement und EAA.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; BMF, *Monatsbericht*; eigene Berechnungen und Prognosen.

Abbildung 8.2:
Struktureller Budgetsaldo 2017–2020



Quelle: Europäische Kommission, AMECO; eigene Berechnungen und Prognosen.

9. Bruttoinlandsprodukt, Komponenten und Prognoseunsicherheit

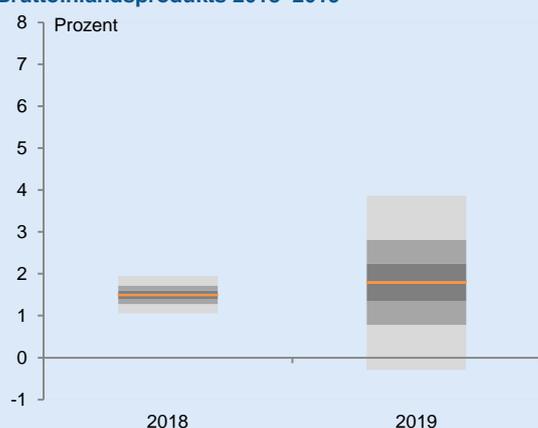
Tabelle 9.1:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2018–2020

	2018				2019				2020			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,4	0,5	-0,2	0,4	0,7	0,6	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Private Konsumausgaben	0,5	0,3	-0,3	0,3	0,7	0,7	0,6	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Konsumausgaben des Staates	-0,5	0,8	0,2	0,6	0,5	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5
Ausrüstungsinvestitionen	2,1	0,1	0,8	0,6	0,8	0,8	0,6	0,6	0,4	0,4	0,2	0,2
Bauinvestitionen	1,6	0,9	0,9	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6
Sonstige Anlagen	-0,5	0,3	0,2	0,3	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Vorratsveränderungen	-0,1	0,2	0,7	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,4	0,7	0,8	0,3	0,6	0,7	0,6	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3
Ausfuhr	-0,3	0,8	-0,9	0,9	1,5	1,2	1,0	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9
Einfuhr	-0,3	1,5	1,3	0,8	1,4	1,4	1,3	1,2	1,1	1,1	1,1	1,1
Außenbeitrag	0,0	-0,2	-1,0	0,1	0,1	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	0,0	0,0
Erwerbstätige, Inland	44 694	44 779	44 897	45 012	45 127	45 242	45 347	45 442	45 522	45 592	45 652	45 702
Arbeitslose	2 397	2 358	2 323	2 278	2 243	2 209	2 181	2 157	2 136	2 119	2 105	2 095

Preis-, kalender- und saisonbereinigt Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Erwerbstätige, Arbeitslose: 1 000 Personen; Arbeitslose: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

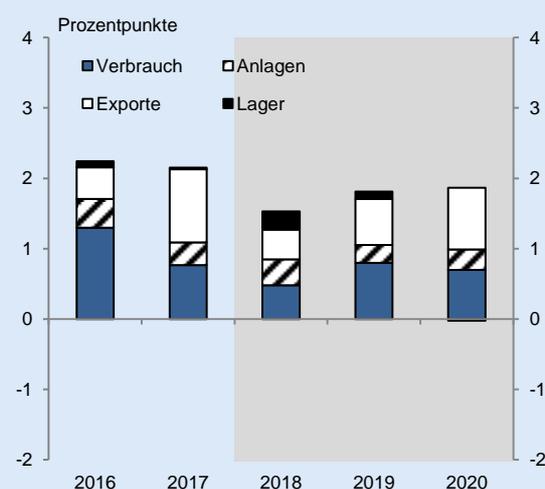
Abbildung 9.1:
Prognoseintervalle für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts 2018–2019



Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt; prognostizierter Anstieg (orangene Linie) und Prognoseintervall (grau hinterlegte Flächen) bei Konfidenzniveaus von 33, 66 und 95 Prozent (basierend auf Prognosefehlern des Instituts für Weltwirtschaft jeweils im vierten Quartal der Jahre 1994–2017).

Quelle: Eigene Berechnungen.

Abbildung 9.2:
Importbereinigte Expansionsbeiträge 2016–2020



Jahresdaten, preisbereinigt. Berechnung in Anlehnung an Kooths und Stolzenburg (2018).

Quelle: OECD, *Input Output Database*; Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

10. Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2017–2020

	2017	2017	2018	2019	2020
	Mrd. Euro	Vorjahresveränderung in Prozent			
Aufkommen und Verwendung in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		2,2	1,5	1,8	1,8
Private Konsumausgaben		1,8	1,1	1,9	1,7
Konsumausgaben des Staates		1,6	1,0	2,2	2,2
Anlageinvestitionen		2,9	3,0	2,7	3,0
Ausrüstungsinvestitionen		3,7	4,2	2,7	3,0
Bauinvestitionen		2,9	3,3	3,1	3,7
Sonstige Anlagen		1,3	0,4	1,3	1,2
Vorratsveränderung		0,0	0,5	0,2	0,0
Inländische Verwendung		2,0	2,1	2,3	2,1
Ausfuhr		4,6	2,0	3,6	4,6
Einfuhr		4,8	3,3	5,2	5,5
Außenbeitrag		0,3	-0,4	-0,4	-0,1
Aufkommen und Verwendung in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	3 277,3	3,7	3,4	4,0	4,1
Private Konsumausgaben	1 732,2	3,4	2,8	3,7	3,5
Konsumausgaben des Staates	638,9	3,8	3,5	4,5	4,6
Anlageinvestitionen	665,7	5,0	6,1	5,9	6,1
Ausrüstungsinvestitionen	215,2	4,2	4,8	3,3	3,5
Bauinvestitionen	326,6	6,4	8,3	8,4	8,7
Sonstige Anlagen	123,9	2,9	2,6	3,4	3,0
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)		-7,2	12,9	20,4	19,5
Inländische Verwendung	3 029,5	4,0	4,3	4,6	4,3
Ausfuhr	1 541,9	6,3	3,1	4,6	5,4
Einfuhr	1 294,1	7,6	5,2	6,0	5,9
Außenbeitrag (Mrd. Euro)		247,8	227,4	219,4	222,7
Bruttonationaleinkommen	3 346,3	3,8	3,4	4,1	4,1
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		1,5	1,8	2,2	2,2
Private Konsumausgaben		1,6	1,6	1,8	1,8
Konsumausgaben des Staates		2,2	2,5	2,2	2,4
Ausrüstungsinvestitionen		0,5	0,6	0,6	0,5
Bauinvestitionen		3,3	4,8	5,2	4,9
Sonstige Anlagen		1,5	2,2	2,0	1,8
Ausfuhr		1,6	1,1	0,9	0,7
Einfuhr		2,6	1,9	0,8	0,4
<i>Nachrichtlich: Verbraucherpreise</i>		1,8	1,9	2,1	2,0
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	2 456,4	3,9	3,1	4,1	4,2
Arbeitnehmerentgelt	1 668,8	4,2	4,6	4,5	4,2
in Prozent des Volkseinkommens (Lohnquote)		67,9	68,9	69,2	69,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	787,6	3,3	-0,1	3,2	4,2
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	1 869,9	3,4	3,3	3,8	3,5
Sparquote (Prozent)		9,9	10,3	10,3	10,3
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	1 366,6	4,2	4,8	4,4	4,3
Effektivlohn, Stundenbasis		2,4	2,8	3,1	2,9
Lohnstückkosten, Stundenbasis		1,6	2,5	2,3	2,1
Produktivität, Stundenbasis		0,9	0,1	0,8	0,7
Arbeitslose (1 000)		2 533	2 339	2 197	2 114
Arbeitslosenquote (Prozent)		5,7	5,2	4,8	4,6
Erwerbstätige, Inlandskonzept (1 000)	44 269	44 846	45 290	45 617	
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		34,0	58,5	44,8	34,8
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)		1,0	1,7	1,3	0,9
Öffentliche Schulden (Prozent)		63,9	59,8	56,2	53,4

Vorratsveränderung, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Arbeitslose, Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Öffentliche Schulden: in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

11. Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2018 bis 2020

	2018	2019	2020	2018		2019	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Bruttoinlandsproduktes

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erw erbstätige	1,3	1,0	0,7	1,4	1,2	1,0	1,0
Arbeitsvolumen	1,4	1,0	1,1	1,3	1,5	0,9	1,1
Arbeitszeit je Erw erbstätigen	0,1	0,0	0,4	- 0,1	0,3	- 0,1	0,2
Produktivität ¹	0,1	0,8	0,7	0,5	- 0,3	0,3	1,2
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,5	1,8	1,8	1,9	1,2	1,2	2,4

2. Verwendung des Inlandsproduktes in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 441,1	2 536,6	2 633,7	1 193,2	1 247,9	1 233,1	1 303,5
Private Haushalte ²	1 780,0	1 845,5	1 910,6	872,8	907,1	899,0	946,6
Staat	661,2	691,1	723,1	320,4	340,8	334,2	356,9
Anlageinvestitionen	706,3	747,9	793,5	339,4	366,9	358,3	389,7
Ausrüstungen	225,6	233,1	241,4	107,9	117,7	110,7	122,5
Bauten	353,6	383,4	416,8	169,5	184,1	183,6	199,8
Sonstige Anlageinvestitionen	127,1	131,4	135,3	62,0	65,1	64,0	67,4
Vorratsveränderung ³	12,9	20,4	19,5	8,6	4,4	20,8	- 0,3
Inländische Verwendung	3 160,4	3 305,0	3 446,6	1 541,2	1 619,3	1 612,1	1 692,8
Außenbeitrag	227,4	219,4	222,7	130,7	96,7	116,3	103,2
Exporte	1 589,3	1 662,6	1 751,7	791,5	797,8	817,9	844,7
Importe	1 361,9	1 443,2	1 529,0	660,8	701,1	701,7	741,5
Bruttoinlandsprodukt	3 387,8	3 524,4	3 669,3	1 671,8	1 716,0	1 728,4	1 796,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	3,0	3,9	3,8	3,0	2,9	3,3	4,5
Private Haushalte ²	2,8	3,7	3,5	2,8	2,7	3,0	4,3
Staat	3,5	4,5	4,6	3,4	3,5	4,3	4,7
Anlageinvestitionen	6,1	5,9	6,1	5,7	6,5	5,6	6,2
Ausrüstungen	4,8	3,3	3,5	5,6	4,2	2,5	4,1
Bauten	8,3	8,4	8,7	7,0	9,5	8,3	8,5
Sonstige Anlageinvestitionen	2,6	3,4	3,0	2,6	2,6	3,3	3,5
Inländische Verwendung	4,3	4,6	4,3	3,7	4,9	4,6	4,5
Exporte	3,1	4,6	5,4	3,8	2,4	3,3	5,9
Importe	5,2	6,0	5,9	3,9	6,6	6,2	5,8
Bruttoinlandsprodukt	3,4	4,0	4,1	3,7	3,0	3,4	4,7

3. Verwendung des Inlandsproduktes, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 181,1	2 224,1	2 265,1	1 074,5	1 106,6	1 089,4	1 134,6
Private Haushalte ²	1 612,4	1 642,5	1 670,8	794,0	818,4	803,0	839,4
Staat	568,3	581,0	593,7	280,3	288,0	286,1	295,0
Anlageinvestitionen	610,7	626,9	645,9	295,2	315,6	302,1	324,9
Ausrüstungen	216,3	222,1	228,7	103,1	113,2	105,2	116,9
Bauten	283,1	291,9	302,5	137,4	145,7	141,4	150,5
Sonstige Anlageinvestitionen	112,1	113,6	115,0	54,9	57,2	55,5	58,0
Inländische Verwendung	2 788,8	2 854,0	2 912,7	1 375,1	1 413,7	1 406,5	1 447,5
Exporte	1 486,5	1 540,7	1 611,6	744,2	742,4	759,1	781,5
Importe	1 300,0	1 367,2	1 442,6	635,4	664,6	664,5	702,7
Bruttoinlandsprodukt	2 977,3	3 031,2	3 087,1	1 483,8	1 493,5	1 502,2	1 529,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	1,1	2,0	1,8	1,2	1,0	1,4	2,5
Private Haushalte ²	1,1	1,9	1,7	1,3	1,0	1,1	2,6
Staat	1,0	2,2	2,2	0,8	1,1	2,0	2,4
Anlageinvestitionen	3,0	2,7	3,0	2,8	3,2	2,3	3,0
Ausrüstungen	4,2	2,7	3,0	4,8	3,7	2,1	3,2
Bauten	3,3	3,1	3,7	2,5	4,0	2,9	3,3
Sonstige Anlageinvestitionen	0,4	1,3	1,2	0,4	0,3	1,2	1,5
Inländische Verwendung	2,1	2,3	2,1	1,7	2,4	2,3	2,4
Exporte	2,0	3,6	4,6	3,2	0,8	2,0	5,3
Importe	3,3	5,2	5,5	3,2	3,5	4,6	5,7
Bruttoinlandsprodukt	1,5	1,8	1,8	1,9	1,2	1,2	2,4

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2018 bis 2020

	2018	2019	2020	2018		2019	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	1,6	1,8	1,8	1,5	1,7	1,8	1,7
Konsumausgaben des Staates	2,5	2,2	2,4	2,6	2,4	2,2	2,2
Anlageinvestitionen	3,0	3,2	3,0	2,8	3,2	3,2	3,2
Ausrüstungen	0,6	0,6	0,5	0,7	0,5	0,5	0,8
Bauten	4,8	5,2	4,9	4,4	5,3	5,3	5,0
Exporte	1,1	0,9	0,7	0,5	1,6	1,3	0,6
Importe	1,9	0,8	0,4	0,7	3,0	1,5	0,0
Bruttoinlandsprodukt	1,8	2,2	2,2	1,8	1,8	2,1	2,2

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd.EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 356,5	2 443,6	2 532,8	1 165,5	1 191,0	1 207,4	1 236,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	313,0	327,9	339,8	151,6	161,4	158,7	169,1
Bruttolöhne und -gehälter	1 432,5	1 495,6	1 560,5	682,6	750,0	712,4	783,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	611,0	620,2	632,6	331,4	279,7	336,3	283,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	503,6	529,3	560,6	234,8	268,8	237,4	291,9
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 860,1	2 972,9	3 093,5	1 400,3	1 459,8	1 444,8	1 528,1
Abschreibungen	599,5	627,7	656,6	296,8	302,7	310,8	316,9
Bruttonationaleinkommen	3 459,6	3 600,6	3 750,0	1 697,1	1 762,5	1 755,6	1 845,0
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 532,2	2 635,4	2 746,2	1 236,6	1 295,6	1 276,3	1 359,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	786,8	811,9	846,0	402,5	384,3	405,2	406,7
Arbeitnehmerentgelt	1 745,5	1 823,4	1 900,2	834,1	911,4	871,1	952,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,8	3,7	3,7	4,2	3,4	3,6	3,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,6	4,8	3,6	3,6	3,5	4,7	4,8
Bruttolöhne und -gehälter	4,8	4,4	4,3	4,7	4,9	4,4	4,4
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,2	3,2	3,4	3,0	3,3	3,1	3,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,6	1,5	2,0	3,3	- 0,3	1,5	1,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	0,1	5,1	5,9	0,3	- 0,1	1,1	8,6
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,1	3,9	4,1	3,5	2,8	3,2	4,7
Abschreibungen	4,6	4,7	4,6	4,5	4,7	4,7	4,7
Bruttonationaleinkommen	3,4	4,1	4,1	3,7	3,1	3,4	4,7
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	3,1	4,1	4,2	3,5	2,7	3,2	4,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	- 0,1	3,2	4,2	1,6	- 1,8	0,7	5,8
Arbeitnehmerentgelt	4,6	4,5	4,2	4,5	4,6	4,4	4,5

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd.EUR

Masseneinkommen	1 402,4	1 470,5	1 531,9	673,2	729,2	705,7	764,8
Nettolöhne und -gehälter	945,9	993,0	1 035,9	445,6	500,2	467,7	525,4
Monetäre Sozialleistungen	580,4	606,1	628,0	289,3	291,1	302,2	303,9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	123,8	128,7	132,0	61,7	62,2	64,1	64,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	611,0	620,2	632,6	331,4	279,7	336,3	283,9
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 82,7	- 86,0	- 89,1	- 42,2	- 40,4	- 43,2	- 42,8
Verfügbares Einkommen	1 930,8	2 004,7	2 075,5	962,3	968,4	998,8	1 005,8
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	52,9	53,7	54,5	26,1	26,8	26,5	27,2
Konsumausgaben	1 780,0	1 845,5	1 910,6	872,8	907,1	899,0	946,6
Sparen	203,7	212,8	219,3	115,6	88,1	126,4	86,5
Sparquote (%) ⁶	10,3	10,3	10,3	11,7	8,9	12,3	8,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	4,1	4,9	4,2	3,8	4,3	4,8	4,9
Nettolöhne und -gehälter	4,8	5,0	4,3	4,6	4,9	4,9	5,0
Monetäre Sozialleistungen	2,7	4,4	3,6	2,3	3,1	4,5	4,4
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	2,8	3,9	2,6	3,0	2,7	3,9	3,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,6	1,5	2,0	3,3	- 0,3	1,5	1,5
Verfügbares Einkommen	3,3	3,8	3,5	3,3	3,2	3,8	3,9
Konsumausgaben	2,8	3,7	3,5	2,8	2,7	3,0	4,3
Sparen	7,3	4,5	3,0	7,1	7,5	9,3	- 1,9

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2018 bis 2020

	2018	2019	2020	2018		2019	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷							
a) Mrd.EUR							
Einnahmen							
Steuern	801,7	828,4	858,0	404,3	397,4	415,9	412,4
Sozialbeiträge	571,1	595,4	619,2	276,7	294,4	288,6	306,8
Vermögenseinkommen	18,6	18,9	18,7	11,4	7,2	11,8	7,1
Sonstige Transfers	24,9	23,5	23,9	11,6	13,3	10,8	12,7
Vermögenstransfers	12,0	11,0	11,0	5,5	6,5	5,5	5,5
Verkäufe	115,2	119,5	122,6	54,2	61,1	56,8	62,8
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 543,8	1 596,8	1 653,6	763,9	779,9	789,4	807,4
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	449,8	470,6	492,8	216,1	233,7	225,9	244,7
Arbeitnehmerentgelt	255,2	264,7	274,1	122,8	132,4	127,3	137,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	31,6	30,4	30,0	15,9	15,7	15,3	15,1
Subventionen	27,9	28,4	29,1	13,4	14,5	13,6	14,8
Monetäre Sozialleistungen	520,8	546,0	567,5	259,6	261,2	272,3	273,8
Sonstige laufende Transfers	82,7	91,0	95,1	40,6	42,0	44,8	46,2
Vermögenstransfers	39,2	36,2	38,4	13,2	26,0	14,2	22,0
Bruttoinvestitionen	79,7	86,1	93,4	34,8	44,9	36,8	49,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,6	- 1,6	- 1,6	- 0,6	- 1,0	- 0,6	- 1,0
Insgesamt	1 485,3	1 552,0	1 618,8	715,8	769,5	749,5	802,5
Finanzierungssaldo	58,5	44,8	34,8	48,1	10,4	39,9	4,9

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	4,6	3,3	3,6	5,4	3,8	2,9	3,8
Sozialbeiträge	4,1	4,2	4,0	4,1	4,1	4,3	4,2
Vermögenseinkommen	17,3	1,4	- 1,2	31,7	0,2	3,3	- 1,5
Sonstige Transfers	14,4	- 5,5	1,7	18,6	10,9	- 6,9	- 4,3
Vermögenstransfers	17,4	- 8,4	0,0	13,8	20,6	0,0	- 15,4
Verkäufe	4,0	3,7	2,6	3,3	4,6	4,7	2,8
Sonstige Subventionen	- 1,5	0,0	0,0	1,1	- 3,6	0,0	0,0
Insgesamt	4,7	3,4	3,6	5,3	4,2	3,3	3,5
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	3,4	4,6	4,7	3,0	3,9	4,5	4,7
Arbeitnehmerentgelt	3,4	3,7	3,5	3,8	3,1	3,7	3,8
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 6,4	- 3,8	- 1,3	- 10,1	- 2,3	- 3,8	- 3,8
Subventionen	- 1,8	2,1	2,3	- 3,6	0,0	1,9	2,3
Monetäre Sozialleistungen	2,9	4,8	3,9	2,5	3,3	4,9	4,8
Sonstige laufende Transfers	9,9	10,1	4,5	2,1	18,7	10,2	10,0
Vermögenstransfers	- 10,8	- 7,6	6,1	- 40,6	19,7	7,4	- 15,3
Bruttoinvestitionen	10,0	8,0	8,5	11,8	8,7	5,7	9,9
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	0,3	0,0	0,0	- 9,9	7,3	0,0	0,0
Insgesamt	3,2	4,5	4,3	1,5	4,8	4,7	4,3

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erw erbstätigenstunde.

² Einschließlich privater Organisationen ohne Erw erbszw eck.

³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁴ Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

⁶ Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18; eigene Berechnungen. Prognose des IfW.

12. Hauptaggregate der Sektoren (Mrd. EUR)

	Gegenstand der Nachweisung	2018				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 055,2	2 077,8	326,8	650,6	–
2 –	Abschreibungen	599,5	343,1	75,1	181,3	–
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 455,7	1 734,7	251,6	469,4	– 226,9
4 –	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 744,6	1 251,9	255,2	237,5	15,0
5 –	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	23,1	13,3	0,2	9,6	–
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	26,0	24,3	0,2	1,5	–
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	714,0	493,8	– 3,5	223,8	– 242,0
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 745,5	–	–	1 745,5	14,1
9 –	Geleistete Subventionen	27,9	–	27,9	–	5,3
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	355,7	–	355,7	–	7,1
11 –	Geleistete Vermögenseinkommen	712,1	657,8	31,6	22,6	180,2
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	784,8	356,3	18,6	409,9	107,4
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 860,1	192,2	311,3	2 356,5	– 298,8
14 –	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	436,2	96,9	–	339,4	10,2
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	446,0	–	446,0	–	0,5
16 –	Geleistete Netto sozialbeiträge 2)	699,3	–	–	699,3	4,7
17 +	Empfangene Netto sozialbeiträge 2)	701,0	129,1	571,1	0,8	3,0
18 –	Geleistete monetäre Sozialleistungen	587,9	66,2	520,8	0,8	0,4
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	580,4	–	–	580,4	7,9
20 –	Geleistete sonstige laufende Transfers	333,3	170,6	82,7	80,0	53,2
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	289,3	151,8	24,9	112,5	97,2
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 820,1	139,5	749,9	1 930,8	– 258,8
23 –	Konsumausgaben	2 441,1	–	661,2	1 780,0	–
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 52,9	–	52,9	–
25 =	Sparen	378,8	86,6	88,7	203,7	– 258,8
26 –	Geleistete Vermögenstransfers	67,7	18,3	39,2	10,1	3,9
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	59,6	28,2	12,0	19,5	11,9
28 –	Bruttoinvestitionen	719,3	417,1	79,7	222,7	–
29 +	Abschreibungen	599,5	343,1	75,1	181,3	–
30 –	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 1,6	– 1,1	– 1,6	1,0	1,6
31 =	Finanzierungssaldo	252,4	23,6	58,5	170,4	– 252,4
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 820,1	139,5	749,9	1 930,8	– 258,8
35 –	Geleistete soziale Sachtransfers	429,9	–	429,9	–	–
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	429,9	–	–	429,9	–
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 820,1	139,5	320,0	2 360,6	– 258,8
38 –	Konsum 2)	2 441,1	–	231,3	2 210,1	–
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 52,9	–	52,9	–
40 =	Sparen	378,8	86,6	88,7	203,7	– 258,8

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Hauptaggregate der Sektoren*; Prognose des IfW.

	Gegenstand der Nachweisung	2019				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 181,5	2 165,8	340,2	675,4	–
2 –	Abschreibungen	627,7	358,2	78,8	190,7	–
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 553,8	1 807,6	261,4	484,8	– 217,4
4 –	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 822,5	1 308,5	264,7	249,3	15,8
5 –	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	23,3	13,1	0,2	10,0	–
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	26,5	24,8	0,2	1,6	–
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen ...	734,5	510,8	– 3,3	227,0	– 233,2
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 823,4	–	–	1 823,4	14,8
9 –	Geleistete Subventionen	28,4	–	28,4	–	5,3
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	366,0	–	366,0	–	7,3
11 –	Geleistete Vermögenseinkommen	728,8	677,5	30,4	20,8	189,7
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	806,4	373,5	18,9	414,0	112,2
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 972,9	206,7	322,7	2 443,6	– 293,9
14 –	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	453,3	99,5	–	353,9	9,5
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern ...	462,3	–	462,3	–	0,5
16 –	Geleistete Netto sozialbeiträge 2)	725,1	–	–	725,1	4,9
17 +	Empfangene Netto sozialbeiträge 2)	726,8	130,6	595,4	0,8	3,3
18 –	Geleistete monetäre Sozialleistungen	614,0	67,2	546,0	0,8	0,5
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	606,1	–	–	606,1	8,4
20 –	Geleistete sonstige laufende Transfers	347,3	174,9	91,0	81,4	53,7
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	301,4	162,5	23,5	115,3	99,6
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 929,8	158,2	766,9	2 004,7	– 250,7
23 –	Konsumausgaben	2 536,6	–	691,1	1 845,5	–
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 53,7	–	53,7	–
25 =	Sparen	392,2	104,6	75,8	212,8	– 250,7
26 –	Geleistete Vermögenstransfers	66,2	19,4	36,2	10,6	4,1
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	57,9	27,2	11,0	19,8	12,4
28 –	Bruttoinvestitionen	768,4	440,5	86,1	242,6	–
29 +	Abschreibungen	627,7	358,2	78,8	190,7	–
30 –	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 1,6	– 1,1	– 1,6	1,1	1,6
31 =	Finanzierungssaldo	244,0	31,1	44,8	168,1	– 244,0
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 929,8	158,2	766,9	2 004,7	– 250,7
35 –	Geleistete soziale Sachtransfers	449,2	–	449,2	–	–
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	449,2	–	–	449,2	–
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 929,8	158,2	317,7	2 453,9	– 250,7
38 –	Konsum 3)	2 536,6	–	241,9	2 295,7	–
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 53,7	–	53,7	–
40 =	Sparen	392,2	104,6	75,8	212,8	– 250,7

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren; Prognose des IfW.

	Gegenstand der Nachweisung	2020				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 316,4	2 263,2	353,0	700,2	–
2 –	Abschreibungen	656,6	373,5	82,5	200,6	–
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 659,8	1 889,7	270,5	499,6	– 220,6
4 –	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 899,3	1 364,1	274,1	261,1	16,4
5 –	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	23,6	13,0	0,2	10,5	–
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	27,1	25,3	0,2	1,6	–
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen ...	764,1	537,9	– 3,5	229,7	– 236,9
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 900,2	–	–	1 900,2	15,4
9 –	Geleistete Subventionen	29,1	–	29,1	–	5,3
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	376,4	–	376,4	–	7,4
11 –	Geleistete Vermögenseinkommen	750,7	701,3	30,0	19,4	199,0
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	832,7	391,7	18,7	422,3	117,0
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 093,5	228,4	332,4	2 532,8	– 301,4
14 –	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	472,2	102,8	–	369,5	9,9
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern ...	481,7	–	481,7	–	0,5
16 –	Geleistete Netto sozialbeiträge 2)	751,4	–	–	751,4	5,1
17 +	Empfangene Netto sozialbeiträge 2)	752,8	132,8	619,2	0,8	3,7
18 –	Geleistete monetäre Sozialleistungen	636,6	68,3	567,5	0,8	0,5
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	628,0	–	–	628,0	9,0
20 –	Geleistete sonstige laufende Transfers	361,5	183,6	95,1	82,8	54,2
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	313,6	171,4	23,9	118,3	102,1
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 048,0	178,0	794,6	2 075,5	– 255,8
23 –	Konsumausgaben	2 633,7	–	723,1	1 910,6	–
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 54,5	–	54,5	–
25 =	Sparen	413,3	123,5	71,6	219,3	– 255,8
26 –	Geleistete Vermögenstransfers	70,0	20,6	38,4	11,0	4,2
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	61,3	29,8	11,0	20,6	12,9
28 –	Bruttoinvestitionen	812,9	458,9	93,4	261,8	–
29 +	Abschreibungen	656,6	373,5	82,5	200,6	–
30 –	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	– 1,6	– 1,1	– 1,6	1,1	1,6
31 =	Finanzierungssaldo	248,7	48,4	34,8	165,6	– 248,7
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 048,0	178,0	794,6	2 075,5	– 255,8
35 –	Geleistete soziale Sachtransfers	469,9	–	469,9	–	–
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	469,9	–	–	469,9	–
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 048,0	178,0	324,7	2 545,4	– 255,8
38 –	Konsum 2)	2 633,7	–	253,2	2 381,5	–
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 54,5	–	54,5	–
40 =	Sparen	413,3	123,5	71,6	219,3	– 255,8

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.- 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren; Prognose des IfW.

Literatur

- Ademmer, M., J. Boysen-Hogrefe, S. Fiedler, K.-J. Gern, D. Groll, P. Hauber, N. Jannsen, S. Kooths, S. Möhle, G. Potjagailo und U. Stolzenburg (2018). Deutsche Wirtschaft mit langsamerer Gangart. *Kieler Konjunkturberichte* 48 (2018|3). Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (11.12.2018) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kieler-konjunkturberichte/2018/deutsche-wirtschaft-mit-langsamere-gangart-0/>>.
- Ademmer, M., J. Boysen-Hogrefe, K. Carstensen, P. Hauber, N. Jannsen, S. Kooths, T. Rossian und U. Stolzenburg (2019). Potenzialschätzung und Produktionslücken – Analyse von Revisionen und Zyklizität. *Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik* Nr. 19. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Im Erscheinen.
- BDB (Bundesverband der Deutschen Binnenschifffahrt e.V.) (2018). Daten und Fakten 2017/2018. Via Internet (10.12.2018) <<https://www.binnenschiff.de/service/daten-fakten/>>.
- Biggs, M., T. Mayer und A. Pick (2009). Credit and economic recovery. DNB Working Paper 218. De Nederlandsche Bank, Amsterdam.
- Boockmann, B., S. Thomsen und T. Walter (2009). Intensifying the Use of Benefit Sanctions – An Effective Tool to Shorten Welfare Receipt and Speed up Transitions to Employment? IZA Discussion Papers 4580. IZA Institute of Labor Economics, Bonn.
- DIHK (Deutscher Industrie- und Handelskammertag (2018). Die Luft wird dünner. DIHK-Konjunkturumfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Herbst 2018. Via Internet (7.12.2018) <<https://www.dihk.de/themenfelder/wirtschaftspolitik/konjunktur-und-wachstum/umfragen-und-prognosen/konjunkturumfrage-herbst-2018>>.
- Fahr, R., und U. Sunde (2009). Did the Hartz Reforms Speed-Up the Matching Process? A Macro-Evaluation Using Empirical Matching Functions. *German Economic Review* 10 (3): 284–316.
- Gern, K.-J., P. Hauber, S. Kooths, Saskia Möhle und U. Stolzenburg (2018). Weltkonjunktur mit weniger Schwung. *Kieler Konjunkturberichte* 49 (2018|Q4). Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Groll, D. (2017). Deutliche Anzeichen für Anspannungen am Arbeitsmarkt. IfW-Box 2017.19. Via Internet (7.12.2018) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/ifw-box/2017/deutliche-anzeichen-fuer-anspannungen-am-arbeitsmarkt-8785/>>.
- Groll, D. (2018). Gesamtwirtschaftliche Folgen der geplanten Rückkehr zur paritätischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung. IfW-Box 2018.9. Via Internet (7.12.2018) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/ifw-box/2018/gesamtwirtschaftliche-folgen-der-geplanten-rueckkehr-zur-paritaetischen-finanzierung-in-der-gesetzlichen-krankenversicherung-10997/>>.
- Haller, P., und E. Jahn (2014). Zeitarbeit in Deutschland: Hohe Dynamik und kurze Beschäftigungsdauern. IAB-Kurzbericht 13/2014. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.
- Helms, M., und T. Maurer (2018): Ad-hoc Untersuchung der möglichen weiteren Entwicklung der Niedrigwassersituation am Rhein ab November 2018 auf Basis von Szenarien unter Verwendung ausgewählter historischer Abflussperioden. Unveröffentlichter BfG-interner Bericht, BfG, Koblenz.
- Hertweck, M., und O. Sigrist (2013). The Aggregate Effects of the Hartz Reforms in Germany. SOEPpapers 532. DIW, Berlin.
- Hochmuth, B., B. Kohlbrecher, C. Merkl und H. Gartner (2018). Hartz IV and the Decline of German Unemployment: A Macroeconomic Evaluation. Mimeo.
- Hohenleitner, I., und K. Hillmann (2012). Impact of Benefit Sanctions on Unemployment Outflow - Evidence from German Survey Data. Annual Conference 2012 (Goettingen): New Approaches and Challenges for the Labor Market of the 21st Century 66055, Verein für Socialpolitik / German Economic Association.
- Jannsen, N. (2017). Zum Zusammenhang zwischen Unternehmens- und Vermögenseinkommen, Arbeitstagen und Terms of Trade. IfW-Box: 2017.11. Via Internet (7.12.2018) <<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/ifw-box/2017/zum-zusammenhang-zwischen-unternehmens-und-vermoegenseinkommen-arbeitstagen-und-terms-of-trade-8793/>>.
- Jannsen, N., und M. Kallweit (2018). Auswirkungen des neuen WLTP-Prüfverfahrens. *Wirtschaftsdienst* 98 (11): 831-832.
- Kooths, S. (2016). „Disruptive“ Technologien und ökonomische Koordination. *Wirtschaftspolitische Blätter* 63 (2/2016): 363–374.
- Kooths, S., und U. Stolzenburg (2018). Zur Exportabhängigkeit der deutschen Konjunktur. *Wirtschaftsdienst* 98 (3): 219–220. Via Internet (11.12.2018) <<https://archiv.wirtschaftsdienst.eu/jahr/2018/3/zur-exportabhaengigkeit-der-deutschen-konjunktur/>>.

- Krause, M., und H. Uhlig (2012). Transitions in the German Labor Market: Structure and Crisis. *Journal of Monetary Economics* 59 (1): 64–79.
- Krebs, T., und M. Scheffel (2013). Macroeconomic Evaluation of Labor Market Reform in Germany. *IMF Economic Review* 61 (4): 664–701.
- Launov, A., und K. Wälde (2016). The Employment Effect of Reforming a Public Employment Agency. *European Economic Review* 84: 140–164.
- Marktbeobachtung Europäische Binnenschifffahrt (2018): Market Insight 2018. Via Internet (11.12.2018) <<https://www.inland-navigation-market.org/de/rapports/2018/q3/2-betriebsbedingungen/>>.
- Müller, K.-U., und V. Steiner (2008). Imposed Benefit Sanctions and the Unemployment-to-Employment Transition – The German Experience. DIW Discussion Paper 792. Berlin.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2018). Gemeinschaftsdiagnose 2-2018: Aufschwung verliert an Fahrt – Weltwirtschaftliches Klima wird rauer. Via Internet (10.12.2018) <http://gemeinschaftsdiagnose.de/wp-content/uploads/2018/10/GD2_2018_final_20181002.pdf>.
- Van den Berg, G., A. Uhlendorff und J. Wolff (2017). Wirkungen von Sanktionen für junge ALG-II-Bezieher: Schnellere Arbeitsaufnahme, aber auch Nebenwirkungen. IAB-Kurzbericht 5/2017, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.